

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringenlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Beschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Gespaltene Zeile mit 30 Pf. berechnet. Bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzessionen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 202.

Dresden, Montag den 1. September 1913.

24. Jahrg.

Der nationalliberale Deutsche Kourier hegt gegen den Plan der Berliner Sozialdemokraten, zwei belgische Sozialdemokraten über den Generalstreik sprechen zu lassen.

Zwischen dem Zentralverband der Industriellen und dem Hansabund findet ein neues Geplänkel statt.

Die Regierung soll die Vorlage einer Steuer auf Säbholzerfagmittel planen.

In Dublin kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Aufständigen.

Zwischen bulgarischen und türkischen Banden kam es zu schweren Kämpfen.

Die Kämpfe um Ranking sind noch immer unentschieden.

Der Wahlprüfungsgerichtshof.

Vor einigen Tagen verbreitete eine reaktionär geleitete Korrespondenz die Meldung, daß der verstärkte Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstags ein Antrag vorliege, ein Wahlprüfungsgericht für die Wahlprüfungen zu schaffen. Dieses Gericht soll angeblich mit fünf Richtern aus den Kreisen der Reichsgerichts- oder Oberverwaltungsgerichtsräte besetzt werden, zu denen noch ein rechtskundiges Mitglied des Reichstags kommen soll. Die Hauptverhandlung hätte öffentlich stattfinden, und zwar am Orte eines Landgerichts in dem Wahlkreis, um dessen Mandat es sich handelt. Damit würde in nur wenig modifizierter Form das Reichstagsmandat zum Gegenstand eines Zivilprozesses gemacht werden können. Die Beschlüsse dieses Wahlprüfungsgerichts sollen aber noch viel weiter gehen, dem Gericht soll nämlich das Recht zugesprochen werden, die Ausübung eines Reichstagsmandats vorläufig zu untersagen, wenn der dringende, durch Tatsachen gestützte Verdacht besteht, daß ein Mandat durch unlautere Mittel und gräßliche Verletzung der geltenden Bestimmungen erobert worden ist.

Wir können feststellen, daß ein solcher Antrag nicht vorliegt und wir halten es auch für völlig ausgeschlossen, daß ein derartiger Antrag im Reichstag eine Mehrheit fände. Letzten Endes käme das einer Selbstkasteiung gleich, die der Reichstag an sich zu vollziehen hätte. Man denke nur, der Reichstag, die höchste gesetzgebende Körperschaft des Reiches, soll ein Kollegium, das ihm nicht übergeordnet ist und nicht übergeordnet sein kann, darüber entscheiden lassen, ob er formell richtig zusammengesetzt ist! Ja noch mehr, dieses Kollegium soll sogar befugt sein, einzelnen Mitgliedern des Reichstags unter besonderen, aber sehr flüchtigen Voraussetzungen die Ausübung des Mandats untersagen zu können! Nun stelle man sich ein solches Gericht vor, das aus fünf Oberverwaltungsgerichtsräten vom Schläge des konservativen Grafen Westarp besteht! Dieses Gericht hätte es in der Hand, die Mehrheitsbildung im Reichstag zu beeinflussen, oppositionelle Abgeordnete zeitweilig von den Verhandlungen auszuschließen. Herr Dr. Kaempf ist mit einer Stimme Mehrheit zum Präsidenten des Reichstags gewählt; hätte damals bereits ein solch ungeheuerliches Gericht existiert, dann sähe Herr Dr. Spahn als Vertreter des schwarz-blauen Blocks auf dem Präsidentensstuhl, denn dem Gericht wäre es eine Kleinigkeit gewesen, drei Vertreter der Linken zeitweilig auszuschließen, weil der Verdacht — nicht etwa der Beweis — vorlag, daß sie ihr Mandat unter Verletzung der geltenden Bestimmungen erobert haben.

Interesse ist nun möglich; entweder es handelt sich um eine Privatleistung der fraglichen Korrespondenz, oder es handelt sich um einen reaktionären Vorstoß, etwa der Gruppe um Mumm. In beiden Fällen könnte man darüber hinweggehen, wenn nicht die große politische Presse die Meldung aufgegriffen hätte, um sie von ihrem Parteistandpunkt aus zu kommentieren. Das nötigt auch unsere Parteipresse dazu, sich den Plan etwas näher zu besehen.

In der Sitzung des Reichstags vom 5. April 1913 lagen zum Etat des Reichstags zwei Resolutionen Bassermann und Genossen vor, deren eine (Nr. 866 der Drucksachen) verlangte, die Wahlprüfungen an einen Gerichtshof zu überweisen. Diesen Antrag begründete der Abgeordnete v. Callier in der Hauptsache damit, daß die Prüfung der Wahlen durch den Reichstag zu langsam vonstatten geht und daß die Gefahr immer mehr wächst, daß die Entscheidung über Wahlprüfungen einfach zu einer Machtprobe sich gestaltet. Die Begründung war so, daß der nachfolgende Redner Abgeordnete Dobe (Fortf. Volksp.) unter allgemeiner Zustimmung feststellte, daß er im Zweifel darüber sei, ob der Abg. v. Callier für oder gegen den Antrag gesprochen habe. Die Abgg. Stücklen und Dr. Spahn hatten sich mit aller Entschiedenheit gegen den Antrag ausgesprochen, der eigentlich nur Unterstützung fand bei dem Reichsparteiler Dr. Krenndt — ausgerechnet Krenndt, der im Blochreichstag die Gültigkeitklärung sauler Mandate der Rechten ausdrücklich damit motivierte, daß die Mehrheit des Reichstags keine Wahlwahlen mehr wünsche. Der nationalliberale Antrag wurde schließlich der verstärkten Geschäftsordnungs-Kommission überwiefen, die sich aber bis heute noch nicht damit befaßt hat. Wäre über den Antrag abgestimmt worden, dann wäre er mit großer Mehrheit ab-

gelehnt worden. Das ist der gegenwärtige Stand dieser Angelegenheit.

Die Urheber des reaktionären Planes gehen nun aber noch weiter, sie behaupten nämlich, daß die Regierung diesem Plan nicht abgeneigt sei. Auch das ist eine Behauptung, die sich lediglich auf Vermutungen stützen kann, denn eine Erklärung der Regierung zu einem nicht existierenden Antrag kann natürlich nicht vorliegen. Die Regierung hat auch gar kein Recht, in diese Angelegenheit, die zur verfassungsmäßig gewährleisteten Autonomie des Reichstags gehört, hineinzureden. Eine Änderung des jetzigen Systems setzt eine Abänderung der Reichsverfassung voraus, diesen Weg mußte die Regierung einschlagen, und dann bliebe immer noch abzuwarten, ob sie im Reichstag dafür eine Mehrheit findet. Die Urheber des Vorschlags meinen selbst, die Grundzüge für die Beurteilung einer Wahlprüfung müsse der Reichstag schaffen; wenn er aber diese Grundzüge, also die Richtlinien schaffen soll, dann ist wirklich nicht einzusehen, weshalb er die Anwendung dieser Grundzüge einer außerhalb des Parlaments stehenden Körperschaft überlassen soll.

Wir wollen gar nicht behaupten, daß die Art der Wahlprüfungen im Reichstag etwa besonders erhebelnd wäre. Die nicht vergessenen Fälle Buchwald und Braun waren brutale Gewalttätigkeiten, die im jetzigen Reichstag freilich nicht möglich wären. Die Klage der Wähler richtet sich aber nicht so sehr gegen die Entscheidungen des Reichstags als vielmehr gegen die unerhörte Langsamkeit des Verfahrens. Daran darf man die Schuld aber nicht dem Reichstag aufbürden. Ein recht treffendes Beispiel bietet die Wahl des Reichsverbändlers v. Liebert im 14. sächsischen Reichstagswahlkreis. Die Prüfung der umfangreichen Wahlakten erfolgte in der Wahlprüfungs-Kommission so rasch, als dies bei der Fülle des Materials nur möglich war. Seit einigen Monaten „quälte“ sich nun die Behörden im 14. Kreis mit den Feststellungen ab, wann dieser oder jener Wähler in die Wählerliste nachgetragen wurde, oder ob einige bestimmt bezeichnete Wähler Ausländer sind oder ob sie Armenunterstützung bezogen und daher zu Unrecht gewählt haben. Solange die Behörden die Erstellung der Auskünfte nicht erledigt haben, kann die Wahlprüfungs-Kommission keine Entscheidung treffen und sie kann dann damit rechnen, daß man auch in diesem Fall für die Verzögerung verantwortlich zu machen sucht. Wenn die Prüfung der angeforderten Wahlen beschleunigt werden soll, dann muß das Beweisverfahren geändert werden, dann muß man der Wahlprüfungs-Kommission das Recht zugestehen, einfache Auskünfte bei den Behörden direkt eingeholen. Die Verunft wird unnötig, wenn man z. B. um festzustellen, ob ein Wähler in Lungenau Oesterreicher ist, den Umweg über das Plenum des Reichstags, den Reichskanzler, den Staatssekretär des Innern, die Regierung in Sachsen, die Kreisoberhauptmannschaft in Leipzig, die Amtshauptmannschaft in Rochlitz einschlagen muß, um endlich vom Stadtrat in Lungenau die erbetene Auskunft zu erhalten, die natürlich auch den gleichen Weg zurückgeht. In diesem Verfahren muß der Hebel angelegt werden, dann werden die meisten Klagen rasch verflummen.

Der Reichstag, den so manche Stellen im Reich als lästig empfinden, darf aber ein Recht, das er besitzt, nicht ohne zwingende Gründe aufgeben. Artikel 27 der Reichsverfassung bestimmt:

„Der Reichstag prüft die Legitimation seiner Mitglieder selbst.“

Sinn und Zweck dieser Bestimmung ist, zu verhindern, daß außenstehende Stellen einen Einfluß auf die Zusammenfassung des Reichstags ausüben können. Es soll verhindert werden, um einen besonders krassen Fall zu konstruieren, daß in Zeiten schwerer politischer Differenzen die oppositionellen Mandate anders kassiert werden könnten als nur durch den Reichstag selbst. Kein Abgeordneter darf, bei Androhung schwerer Zuchthausstrafe, gewaltsam verhindert werden, an den Sitzungen des Reichstages teilzunehmen. Alles das soll nach den Wünschen reaktionärer Kreise umgestürzt werden. Darüber, ob ein Abgeordneter zu Recht gewählt ist, soll ein richterliches Kollegium entscheiden, das außerdem mit dem Recht ausgestattet werden soll, einen gewählten Abgeordneten zu verurteilen, an den Sitzungen des Reichstages teilzunehmen! Ein Parlament, das dieses Pariseri an sich selbst vollziehen wollte, hätte jeden Anspruch auf Achtung verloren. Es liegt aber System darin, das Ansehen des Reichstags, der nicht immer so lausig, als wie die reaktionären Querspieler das wünschen, zu untergraben, und ein Ausfluß dieses Systems ist es, wenn man jetzt dafür Stimmung machen will, den Reichstag eines hochwichtigen Rechtes zu entkleiden. Tollends der „rote Reichstag“ hat es den Reaktionen in einem Maße angetan, daß ihre Verunft darunter gelitten hat. Vor allen Dingen aber muß verlangt werden, daß die Sippe, die ein derart frivoles Spiel treibt, endlich das Visier öffnet, damit man zu erkennen vermag, mit wem man es eigentlich zu tun hat. Die umstürzende Sozialdemokratie kommt damit wieder einmal in die Lage, die verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments gegen die Ministerarbeit ebenso reaktionärer als patriotisch gestempelter Kreise zu schützen. Der Reichstag würde sich selber eine Ohrfeige geben, wenn er nach mehr als 40 Jahren auf einmal erklären wollte, nicht mehr

instande zu sein, die Legitimation seiner Mitglieder selbst zu prüfen. Gewiß, es sind einige Mandate der Rechten kassiert worden, mit Betrübnis sehen die Konservativen ein, daß ihre gewagten Wahlmanipulationen nun anders bewertet werden als zu der Zeit, wo sie im Reichstag sich eine Mehrheit verschaffen konnten. Deshalb sehen sie nun ihre Hoffnung auf einen Reichstagsbesitz, bei dem sie glauben, mehr Verständnis für konservative Wahlmoral voraussetzen zu dürfen. Auf alle Fälle handelt es sich um einen unberufenen Vorstoß reaktionärer Elemente, der mit aller Entschiedenheit abgewehrt werden muß, denn nicht um die höhere Wertung, des Rechts handelt es sich dabei, sondern um den Versuch, den reaktionären Wahlmögern eine neue Stütze zu schaffen.

Arbeiterkämpfe in Irland.

Von unserem Korrespondenten.

Ir. London, 30. August.

In Dublin, der Hauptstadt Irlands, spielen sich Kämpfe ab, die in unendlicher Weise an die Ereignisse erinnern, die das große Unheil im südafrikanischen Randgebiet vorbereiteten. Vorige Woche wurde eine Anzahl von Angestellten der elektrischen Straßenbahn von Dublin entlassen, weil sie dem irischen Transportarbeiterverband angehören. Ein solcher Gewaltschrei wäre allein schon genug, um die temperamentvollen irischen Arbeiter in die größte Erregung zu versetzen. Aber bei dem Kampf handelt es sich um mehr als einen gewöhnlichen Streik. Es drückt sich darin eine wichtige Phase in der Entwicklung Irlands aus, die sich in dem Übergang von nationalen Kämpfen zu sozialen kennzeichnet. Der gegenwärtige Streik hat von vornherein erhebliche Bedeutung gewonnen durch die Tatsache, daß sich in ihm zwei Männer gegenüberstehen, die in dieser Entwicklung Irlands eine hervorragende Rolle spielen, der Vertreter des neuen irischen Proletariats, der Führer des irischen Transportarbeiterverbandes Genosse James Parlin auf der einen Seite, und auf der anderen der Vertreter des neuen irischen Kapitals, der Schachtmacher und Direktor der Dubliner Straßenbahn, Murphy. Auf die Abregulierung der Straßenbahnangelegenheiten durch Murphy antwortete Parlin mit einem Generalstreik der Wagenführer und Schaffner. Der Streik war so heftig, als gerade jetzt die Pferdeausstellung in Dublin stattfindet, eines der wichtigsten Jahresereignisse der irischen Hauptstadt. Murphy versucht, mittels Streikbrecher einen beschränkten Dienst aufrechtzuerhalten, und auf sein Geheiß sind große Massen von irischer Staatspolizei und von Militär nach Dublin beordert worden, um die Streikenden einzuschüchtern. Der Streik droht sich auf andere Unternehmungen auszuweiten, die von Murphy beherrscht werden, insbesondere auch auf die Druckerei eines schachtmacherischen Blattes, das Murphy gehört.

Der Fortschritt der Arbeiter ist das Werk Parlins mehr als irgendeines anderen Mannes. Durch unermüdelichen Eifer ist es ihm gelungen, in wenigen Jahren eine kräftige Organisation der „am stärksten organisierten Arbeiter der Welt“, der Verleger, Träger, Buchhändler, Belegschaftsarbeiter des Hafens von Dublin, zu schaffen, von denen, die sich bis dahin von den Pfaffen zu der Auffassung bekehren ließen, daß Gewerkschaften ein Teufelswerk seien. Heute zählt der Transportarbeiterverband in Dublin allein 20 000 Mitglieder, mit fröhlichen Abteilungen in allen Häfen des Südens und Nordens, und ist förmlich eine Macht in Irland geworden. Die Agitation trägt einen revolutionär-sozialistischen Charakter, der mit Spontankommunismus oder Antiparlamentarismus nichts gemein hat.

Auf das Kommando des Herrn Murphy verbot die irische Regierung eine auf letzten Mittwoch abend um 10 Uhr beginnende Demonstration und Prozession der Arbeiter. Parlin rief den Arbeitern, sich diesem Gewaltstreik zu fügen, weil sie nicht dazu vorbereitet seien, der Soldateska wirksam entgegenzutreten, aber er sagte hinzu: „Sir Edward Carson (der Führer der Ulsterrebellien) hat das Gesetz verhöhnt und angeklagt, daß er bald die offene Rebellion gegen die Regierung erklären werde. Er läuft noch immer frei herum, während man den Arbeitern verbietet, eine friedliche Versammlung abzuhalten. Aber wir werden Carsons Beispiel nachahmen, und von morgen an werden wir in allen unseren Vereinen und Hallen eine freiwillige Nacht rekrutieren, organisieren und bewachen, und dann werden wir nächsten Sonntag unsere Versammlung in O'Connell Street abhalten mit oder ohne Erlaubnis des Scheinens Rais.“

Die Antwort der Regierung kam den nächsten Morgen. Parlin und vier andere Vetter des Dubliner Streiks wurden verhaftet. Die Anklage lautet auf „aufrührerische Verleumdung und aufrührerische Verschönerung zu dem verbrecherischen Zweck, den öffentlichen Frieden zu stören und Unzufriedenheit unter Seiner Majestät Untertanen zu wecken — nämlich zwischen den Arbeiterklassen von Dublin, der Polizeimacht der Krone und den Soldaten der Krone — und um Haß und Verachtung gegen die Regierung zu erregen“. Wie der Staatsanwalt vor dem Gericht erläuterte, bestand die „aufrührerische Verschönerung“ darin, daß Parlin den Herrn Murphy einen „infamen Schurken“ genannt haben soll. Ferner soll Parlin die Polizei und das Militär als „gedungene Mörder“ bezeichnet und die Arbeiter aufgefordert haben, sie jedes Arbeiterleben zwei der „gedungene Mörder“ zu nehmen.

Nach einer namhaften Verteidigungsrede Parlins, in der er die Feigheit der Regierung kennzeichnete, die nicht den Mut hat, gegen die aristokratischen Hochverräter einzuschreiten, aber kämpfende Arbeiter schikanieren, wurde die Verhandlung verlegt und die Angeklagten gegen Kaution freigelassen.

Straßenkämpfe in Dublin.

London, 31. August. Der Streit der Straßenbahner in Dublin hat gestern zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Volksmasse und der Polizei geführt...

„Zeitung der Zeitungen.“

Der Vorwärts teilt einen Brief mit, den verschiedene, wohl in erster Linie nationalliberale Parlamentarier an das Auswärtige Amt des Reiches gerichtet haben...

Es handelt sich um ein großes tägliches Blatt, das unter dem Titel: „Zeitung der Zeitungen. Tägliche Weltüberblick der internationalen Politik, Kultur und Wirtschaft“ erscheinen soll.

Nur die Vorbereitungsarbeiten hat eine Anzahl großer Firmen bereits durch sogenannte Zahlungen à fond perdu über 40 000 M. angebraut. Hauptgeldgeber sind die großen Banken...

Das neue Organ soll hauptsächlich Berichte über die Wirtschaftspolitik und die wirtschaftliche Lage Deutschlands, der auswärtigen Staaten und der Kolonien bieten.

Als Zweck dieser „Europäischen Briefe“ wird genannt, erstens die Auslandsmärkte über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zu unterrichten...

Die Wähler des Unternehmens, darunter Wassermann und Stresemann, ersuchen nun das Auswärtige Amt, größere Geldmittel für die neue Zeitung bereitzustellen...

Wir sind der Ansicht, daß das Auswärtige Amt keinesfalls berechtigt ist, für ein privates Zeitungsunternehmen, über dessen Wesen und zukünftige Bestimmung noch keine Klarheit besteht, Reichsgelder zu verwenden.

Deutsches Reich.

Nationalliberale Denunzianten.

Die neue nationalliberale Zeitung in Berlin, der „Deutsche Kurier“, beginnt seine Laufbahn mit niedrigen Denunziationen. Seine am letzten Sonnabend erschienene erste Nummer enthält folgende „Sensationsnachricht“:

Wie wir hören, ist für den 12. d. M. eine Versammlung sozialdemokratischer Vertrauensleute nach der Neuen Welt in Berlin einberufen worden, um den Bericht zweier belgischer Parteiführer, Vanderstuyven und Puyssmann, über die Erfahrungen zu hören, die die vorige Sozialdemokratie bei Gelegenheit ihres Generalstreiks gemacht hat.

Ob die Nachricht richtig oder falsch ist, ist zunächst ganz gleichgültig. Der Deutsche Kurier will verhindern, daß Vertrauensmänner der Berliner sozialdemokratischen Organisation in einer geschlossenen Versammlung Berichte von Ausländern über ihre Erfahrungen mit dem Massenstreik entgegennehmen.

Das ist ein ganz niederträchtiger Eingriff in die staatsbürgerliche Freiheit, wie er in keinem anderen Lande der Welt, ausgenommen Preußen und Rußland, auch nur denkbar wäre.

Die Sache ist um so ekelhafter, als dieselbe Redaktion, die mit einer solchen „Post“-mäßigen Unanständigkeit debattiert, in ihrem ersten Leitartikel Herrn Wassermann defamiert läßt:

Man zweifelt nur es Not, für die Durchbringung unserer Staatslebens mit liberalerem Geist zu kämpfen. Unter Volk ist reifer geworden. Schulpolitik, Wehrpolitik, allgemeines Wahlrecht, eine freie Presse und ein freies Vereins- und Versammlungswesen fördern die politische Bildung eines Volkes.

Was der Deutsche Kurier unter „liberalem Geist“ versteht, sieht man aus seiner Denunziation. Der erste Schrei dieses neugeborenen nationalliberalen Kindes ist ein Schrei nach der Polizei. Im übrigen verrät die erste Nummer dieser fankönd- und polizeiliberalen Gründung von der ersten bis zur letzten Zeile den kraßesten journalistischen Dilettantismus.

Industriellen-Gepfäuel.

Der Syndikus des Bundes der Industriellen, der dem Hansabund angehört, Dr. Stuppff, jagt im Berliner Tageblatt scharf gegen die Konkurrenzorganisation des Zentralverbandes der Industriellen wegen seines Leipziger Bündnis mit den Agrariern zu Felde.

Es ist unklar, daß bei Gelegenheit der Verhandlungen des Reichsdeutschen Mittelstandes in Leipzig am 24. August 3. zwischen dem Zentralverband deutscher Industrieller und dem Bundes der Landwirte eine Interessengemeinschaft gebildet worden ist.

Unterzeichnet ist diese Verichtigung von Dr. Schweighöffer, Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Also soll es nicht wahr sein, daß dieser selbe Herr Schweighöffer sich in Leipzig gemeinsam mit den Rednern des Bundes der Landwirte für die Leitfrage des Herrn Mittelhaus begeisterte?

Der Zentralverband deutscher Industrieller hat sich in Leipzig in einer echten Aufwallung seiner Gefühle dem Bund der Landwirte vor aller Welt in die Arme geworfen. Jetzt merkt er, daß er sich damit etwas zu weit vorgewagt hat und bereut sich auf das Interpretieren und Dementieren.

Immerhin, auf der Straße will der Zentralverband mit den Agrariern nicht gesehen werden, er will sich von ihnen nicht unter den Linden grüßen lassen.

Die Wähler des Unternehmens, darunter Wassermann und Stresemann, ersuchen nun das Auswärtige Amt, größere Geldmittel für die neue Zeitung bereitzustellen und die deutschen Vertreter im Auslande (Volkshüter, Konsuln usw.) zum Abonnement auf die Zeitung zu bestimmen.

Besserung der Hündholz-Ersatzmittel.

Die Hündholzfabrikanten haben sich wiederholt sowohl an den Reichstag wie an den Bundesrat mit dem Erluchen gemeldet, eine Steuer auf die Hündholzerzeugnisse, die automatische Feuerzeuge, einzuführen.

Wählbarer Kreditlohn.

Nach dem Lohnbeschlagnahmegesetz ist eine Lohnpfändung aus gerichtlichen Schulden ausgeschlossen, wenn das Gehalt 1600 M. nicht übersteigt. Im der Wechselpfändung zu empfangen, sind in letzter Zeit öfters Anstellungsverträge geschlossen worden, nach denen der Angestellte nur 1500 M. als Gehalt erhält, während das Geschäft, bei dem er tätig ist, an die Frau weitere Beiträge zahlt, so daß unter Umständen 5-6000 M. und noch mehr in Wirklichkeit vom Geschäft bezahlt werden, obwohl das eigentliche Gehalt nur 1500 M. ausmacht.

Reichstagsbeschlagnahme.

Zandshut, 31. August. Bei der heutigen Reichstagsbeschlagnahme für den verstorbenen Abgeordneten Freiherrn v. Wollen (Zentrum) wurden bis 11 Uhr abends für den Kandidaten des Zentrums, Freiherrn v. Kretin, 9992, für den Kandidaten des Bauernbundes und

der Liberalen, Eisenberger, 4784 und für den sozialdemokratischen Kandidaten Raith 1593 Stimmen abgegeben. Nicht Bezirke stehen noch aus. Die Wahl Kretns ist gesichert.

Tripoli. Dieser Tage ging das Gerücht durch die Presse, Tripoli habe zu Vertrauenspersonen die Wüste gedehert, demnächst in den Ruhestand zu treten. Der Lokalanzeiger aber dementiert dieses Gerücht: „Herr v. Tripoli weiß gegenwärtig noch auf Urlaub in St. Vlasien. Nach allen von dort vorliegenden Nachrichten erfreut er sich der besten Gesundheit und größten Freude, und nicht zuletzt darauf hin, was die ihm untergeordneten Rücktrittsabsichten wahrscheinlich machen könnte.“

Ausland.

England.

Neue Homerkontrahen in Uster.

London, 31. August. Nach Meldungen aus Londonberth sind dort gestern neue Unruhen ausgebrochen, an denen Unruhestiften und irische Nationalisten beteiligt waren. Auf beiden Seiten fielen Revolvergeschosse. Schaufenster wurden eingeworfen. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Portugal.

Strafungen.

Lissabon, 31. August. Aus der Provinz Sabajoz eingetroffene Telegramme melden, daß in den portugiesischen Provinzen Oporto und Vicent zwischen der Polizei und den Einwohnern Armutskrawalle vorkamen, und zwar wegen der rückwärtslosen und brutalen Verhaftungen und Ausweisungen durch die Polizei. Die Revolutionskräfte von zwei revolutionären Blättern wurden von der aufgebracht Bevölkerung vollständig vernichtet. In Lissabon erwiderte die Polizei acht Dynamitbomben im Hause des bekannten Revolutionärs Sousa. Sousa wurde verhaftet, ebenso wurden einige andere Anarchisten wegen Identitätsversuche festgenommen, darunter einige, die Hauptführer der letzten antiautoritären Bewegung waren. Die Regierung hat, so wird erklärt, seine Geiseln, um am 5. Oktober das beabsichtigte Fest der Erklärung der Republik Portugal feiern zu können, trotzdem schon alles vorbereitet war. Das Kriegsgesicht in Braga verurteilte den Anarchisten Karuzillo zu sechs Jahren Zuchthaus.

Balkan.

Um Adrianopol.

Konstantinopel, 31. August. Der hier weilende bulgarische Unterhändler Katschewitsch hat dem Großfürst mitgeteilt, daß demnächst mit den Verhandlungen begonnen und zu diesem Zwecke eine bulgarische Sonderdelegation, die aus vier Zivil- und Militärpersonen besteht, in Konstantinopel eintreffen wird, um die Friedensverhandlungen mit der Türkei anzuknüpfen. Der Beschluß des Kabinetts, trotz der anfänglich harten Haltung doch nachzugeben und in die Verhandlungen einzutreten, ist der zähen und äußerst gewandten Tätigkeit Katschewitschs zu verdanken, der klarer als die Kreise in Sofia die hoffnungslose Lage der bulgarischen Regierung einsehend und daraus notgedrungen die Folgerungen zog. Es soll ihm viel Mühe gekostet haben, mit seinen Vorgesetzten in der bulgarischen Hauptstadt durchzubringen. Es verläutet, daß dem Eintreffen der bulgarischen Bevollmächtigten werde der Frieden etwa in zwei Wochen unterzeichnet werden können. In offiziellen Kreisen hält man die Adrianopelfrage für endgültig erledigt. Die Kabinettsregierung scheint sich endlich damit abgefunden zu haben, daß die Türkei in dieser Frage absolut nicht nachgeben kann. Bulgarien dürfte aber in anderer Weise entschädigt werden.

Konstantinopel, 31. August. Die Verhandlungen zwischen Bulgarien und der Türkei sollen auf der Basis, daß Adrianopol und Kirkpatrie nicht bleiben, stattfinden. Die Türkei will noch Anspruch auf Dimotiza und Delafsch erheben.

Türkisch-bulgarische Kämpfe.

Konstantinopel, 31. August. Telegramme aus Adrianopol melden, daß die Bewohner von Kirbtschall und Egti Dole in Verzweiflung zu den Waffen gegriffen haben, um den Bedrückungen durch die bulgarischen Truppen ein Ende zu machen und diese zu vertreiben. Ein Kampf, in dem auf beiden Seiten bereits viel Blut geflossen, dauert noch an. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Bulgaren darauf verzichten, diese Gegend noch weiter besetzt zu halten, nachdem sie die Bevölkerung zur Verzweiflung gebracht haben.

Konstantinopel, 31. August. Hierher gelangte Privatnachrichten aus türkischer Quelle besagen, daß gestern noch ein heftiger Kampf zwischen bewaffneten Einwohnern von Sümbüschina und Bulgaren die Bulgaren sich nordwestlich zurückgezogen hätten. Die Einwohner seien Herren der Stadt.

Konstantinopel, 31. August. Nachrichten aus türkischer Quelle zufolge dauern die Zusammenstöße zwischen bulgarischen Banden und türkischen Freiwilligen in der Gegend von Kirbtschall und Deribere fort. Die Verluste, hatten die Bulgaren in einem Gefecht am Freitag 160 Tote und zahlreiche Verwundete. Auf türkischer Seite soll nur ein Mann gefallen sein. Die Bevölkerung der Gegend von Kirbtschall und Deribere sowie die von Sümbüschina ist, wie es heißt, eingeschlossen, der Besetzung von Seiten der Bulgaren möglichsten Widerstand zu leisten.

Zur Unterdrückung der Balkanrevue.

Athen, 31. August. Der Internationale Kommission zur Unterdrückung der Balkanrevue, die sich gegenwärtig in Saloniki aufhält, wurde erklärt, daß sie ihr Mitglied Muzulow, dessen Parteimitgliedschaft erliegen möge. Die Kommission erklärte sich jedoch solidarisch. Infolgedessen wird die Aufgabe der Kommission als gesichert angesehen.

Die Staatsschulden Bulgariens.

Sofia, 31. August. Einer bis zum 13. Juni laufenden Aufstellung der Staatsschuldenkommission zufolge stellt sich der Bedarf der Staatsschulden wie folgt zusammen: Kriegsrequisitionskontingente rund 300 Millionen Franc, demnächst und nach zu bewilligende Kriegsauslagen in der Höhe von 360 Millionen, Deckung außerordentlicher Ausgaben für die Jahre 1912 und 1913 30 Millionen, Deckung des voraussichtlichen Ausfalls mit ordentlichen Staatsveranschlagungen für das laufende Jahr 50 Millionen, zusammen 740 Millionen. Mit Hinzurechnung der vor dem Kriege bei den beiden Staatsbanken aufgenommenen schwebenden Schulden von 25 Millionen ergibt sich ein Gesamtbedarf von 795 Millionen Franc. Nach Ansicht der Direktion können die Requisitionskontingente durch langfristige innere Anleihen gedeckt werden. Der Ausfall im Budget sowie die Verzinsung der Staatsanleihen können gestrichelt werden, so daß sich der Kriegsbedarf des Staatsbudgets auf 392 Millionen reduziert. Man beabsichtigt, ihn durch eine 400-Millionen-Anleihe zu decken.

China.

Kämpfe.

London, 31. August. „Daily Telegraph“ meldet aus Shanghai, daß am Donnerstag ein Kampf in Kantschang begonnen habe. Am Freitag hätten die Rebellen beim Erdrücken von Kantschang Wuhu ohne Kampf geräumt. Etwa 1500 Mann Sibirer hätten sich dem General Li ergeben. Die britischen Flugblätter seien amtlich angewiesen worden, keine Rebellenführer an Bord zu nehmen.

Frankfurt, 31. August. Die Belagerung zieht sich ohne...
Kerkerung der Lage hin. General Tschangsun sei jetzt be...

Bergkutschverkehr auf Zuanzschai.

London, 31. August. Der Daily Telegraph meldet aus...

Die Berliner Gebärtreik-Diskussion.

eb. Berlin, 29. August.

In der Neuen Welt, die infolge politischer strenger Ab...

burg den Beifall für Dr. Moses als Denkschrift erklärte...

Klingler (Beamter des Textilarbeiterverbandes) wendet...

Frau Wählerin schließt sich dem Vordränger ganz an...

Frau Wengel's bejaht, daß die Frauen nicht auch für...

Frau Herrmann mocht Frau Jettin den Vortwurf, die...

Die Debatte wird geschlossen.

Dr. Moses, der vorher durch die politische Kämpferung...

Klara Jettin stellt im Schlußwort fest, daß sie sich nicht...

Parteiangelegenheiten.

Gemeindevahlrecht.

In dem bei Mainz gelegenen Vorort Weisenau wurden...

Vorforsch.

Wegen angeblicher Verletzung des Amtsbereichs von...

Aus den Parteiorganisationen.

Am 1. d. d. Wahlkreis (Stuttgarter Stadt und Um) fand...

Aus aller Welt.

Ein Kriegsfanatiker.

Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Presse...

seiner Auffassung — siehe das furchtbare und unsinnige...

Der Flug „Rund um Berlin“.

Berlin, 31. August. Der gestrige erste Tag des vom...

Bootsunglück.

Berlin, 31. August. In Riechberge kenterte gestern...

Opfer der Automobilerei.

Röhben, 1. September. Bei dem Versuch, zu überholen...

Dresdner Polizeibericht vom 1. September.

Korb. Der 19 Jahre alte Arbeiter Ivan Nicolie erstach...

Mittels Einbruch wurden am 30. August aus einer Woh...

Polizeibeamter von Einbrechern erschossen. In der Nacht...

Prognose der städtischen Landwetterwarte für den 2. September.

Anhaltend Gewitterneigung, sonst keine Veränderung...

Wetterbericht von der Wetztersäule an der Friedrich-August-Brücke...

Letzte Telegramme.

Die bulgarisch-türkischen Verhandlungen.

Paris, 1. September. Der Patrie meldet aus Konstanti...

Korb.

Kriegsfeld, 1. September. Der 19 Jahre alte Arbeiter...

Vom Panamakanal.

Panama, 1. September. Die letzte Schranke des Panama...

Z.C. :: Mittwoch 5 1/2 Uhr :: Treffpunkt im Neubau.

Das heutige Blatt umfasst 12 Seiten.

Sächliche Angelegenheiten.

Saalabtreiberzopf am Kornblumentage.

Der Blumenarbeiterverband hielt, wie unsere Leser aus einem Bericht an anderer Stelle erfahren können, seine Hauptversammlung in den Blumenstädischen Reustadt I. Sa. ab.

Ernst Hüffel, Geschäftsführer Reustadt I. Sa.

In den Vorjahren des Blumenarbeiterverbandes Reustadt.

Diermit erlaube ich Sie höflich die Versammlung zu verlassen, da ich im Folge des heutigen stattfindenes Kornblumentages welcher ein patriotisches Fest zum Besten des kriegsbedürftigen Veteranen ist, nicht hinaus kann.

Hochachtungsvoll Ernst Hüffel.

Als Herr Ernst Hüffel auf den Jahrs gefällig wurde, stellte sich heraus, daß er „höherer Gewalt“ gewichen war. Der Bürgermeister und der Vorsitzende des Komitees hatten ihn mit der Erlaubnis bearbeitet, daß für den Abend vorgesehene Langfest in seinem Lokal nicht stattfinden werde, wenn er die Leute mit den roten Keffen dulde.

Die sächlichen Kaufmannsgerichte im Jahre 1912.

Die Zahl der Kaufmannsgerichte im Königreich Sachsen hat sich im Jahre 1912 um 1 auf 21 vermehrt. Sie bestehen sämtlich nur für einen einzigen Ort, davon 14 für Orte mit mehr wie 20000 Einwohner.

In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle handelte es sich um die Höhe des zu zahlenden Gehalts, sodann um Ansprüche auf Schadenersatz oder Zahlung von Konditionalstrafen, und schließlich um Antritt oder Fortsetzung des Dienstverhältnisses.

Als Einigung § 17 des Kaufmannsgerichtsgesetzes traten die Kaufmannsgerichte 1912 nicht in Funktion. Dagegen sind sie in 11 Fällen von Behörden angegangen worden.

Gerichtliches Nachspiel zur Gemeinratswahl.

Wegen öffentlicher Beleidigung war der Inhabitor Hermann Verthold in Hottluff bei Chemnitz unter Anklage gestellt. Die Sache fand in unmittelbarem Zusammenhang mit der letzten Gemeinratswahl in Hottluff, die bereits die Amtshauptmannschaft, die Kreisamtshauptmannschaft und schließlich das Obertribunalsgericht beschäftigt hat.

Verurteilung H. Verthold sprachte es, daß Kupfer Wahlberechtigung gegenüber der alten Frau geübt hätte; hätte Verthold nur das zum Ausdruck gebracht, so hätte eine Verurteilung nicht erfolgen können.

Ostebische Zustände.

Aus Elstra wird der Zittauer Volkszeitung berichtet: Nach Ostebien glaubt man sich verfehlt, wenn man hört, daß die Knaben, die das letzte Jahr zur Schule gehen und sonst außer der Schulzeit beim Rittlergutspacher Schützer arbeiten, jetzt fast täglich nur eine Stunde Unterricht haben und die andere Zeit an der Drehschneidmaschine oder mit Gelack bis abends 7 Uhr beschäftigt werden.

Die sächlichen Industriellen und die Weltausstellung in San Francisco.

In den Kreisen der sächlichen Industriellen herrscht, dem Berliner Tageblatt zufolge, Erbitterung über die Art der Behandlung, die die Frage der Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in San Francisco durch die Regierung gefunden hat.

Zwickau. Der Rat der Stadt erklärt in der für unsere Stadt hochwichtigen Frage des Kohlenabbaues unter der inneren Stadt eine öffentliche Erklärung.

durch eine Reihe von Aussagen „über das Kohlenlager unter der inneren Stadt Zwickau“, die in letzter Zeit durch die sächliche Presse gegangen sind und in denen ausgesprochen wurde, daß bei einem vollständigen Abbau der Kohle unterhalb der inneren Stadt für die Tagesoberfläche nicht die geringste Gefahr vorhanden sei und daß bei einem solchen Abbau rund 35 Millionen Tonnen Kohlen im Werte von 50 Millionen Mark gewonnen würden, weshalb die gesamte sächliche Industrie, ja ganz Sachsen ein großes Interesse an diesem Abbau habe.

Zwickau i. S. Der nächste Verbandstag des Verbandes sächlicher Händler, Schuhmacher und Markterwender (Sty Chemnitz) findet, wie die Sächliche Marktzeitung in Pöhlitz meldet, am 20. und 21. Januar 1914 in Zwickau im Hotel goldenen Anker statt.

Chemnitz. Die Festschiffahrt Leipzig-Chemnitz des Zepelin-Letzners Sachsen war von herrlichem Wetter begünstigt. Zu vielen Tausenden strömten die Menschenmassen nach dem alten Lagerplatz an der Hauptwache Straße und dem umliegenden Höhen, um die Ankunft des Luftschiffs zu beobachten.

Kleine Nachrichten aus dem Lande.

Freitag nachmittag führte der beim Gutsbesitzer Kaiser in Wiefa beschäftigte Arbeiter Gustav Wäge beim Einfahren von Getreide so unglücklich vom Ernteboden, daß er dabei die Wirbelsäule brach und der Tod bald darauf eintrat.

Schwimmer vor dem Vergaser unbüßig geworden ist und das übermäßig ausfließende Benzin an den glühend heißen Rotor gespritzt und zur Entzündung gekommen ist.

Stadt-Chronik.

Die Schutzblume.

Solang' uns diese Blume blüht, Soll und kein Mensch belästigen.

Die Schutzblume ist kein geheim Krautlein, das man am Sonntag pflanzen und verschließen muß zum Schutze gegen Krankheit und Pestilenz. Die Schutzblume heißt die Kornblume, die am Kornblumentage sichtbar im Knosploch zum Schutze gegen die „lachenden Wächteraugen“ ist.

Die Blumentage kamen als Versuch, die Wohlthäterei populär zu machen. Die Wohlthätigkeit gebärdete sich demokratisch und ging auf die Straße. Sie nahm das Marktfeld des Kommerzienrats und den Ridel des Dienstmanns und dankte mit einer bescheidenen Blume.

Aber auf die Dauer zog das nicht. Das war zu schlicht. Der gefüllte Geldbeutel wird nur dann wohlthätig, wenn man ihm etwas bietet. Da zog die Wohlthätigkeit das schlichte Pflasterfeld aus und vermandelte den Blumentag in einen geistreichen Wohlthätigkeitskarneval mit Blasmusik, Umzügen und Kapelletheater.

Da erfand man die Schutzblume. Die Veranstalter sahen die Notwendigkeit ein, das Publikum vor der eigenen Ausdringlichkeit zu schützen. Bisher gestalte man den Blumenmädchen Beschützer bei. Die sind jetzt überflüssig geworden.

Der die fünf Emmchen nicht offen will, der bleibt den Blumenmädchen preisgegeben, die sich bemühen werden, wenigstens fünf Groschen aus ihm herauszulockern. Will er auch die nicht springen lassen, so muß er eben auf seine Krone mit den Mädchen fertig werden.

Wort und Selbstmordversuch.

In einem Hause der Müller-Berfert-Straße wurde in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend der Prokurist einer hiesigen Großhandlung betrunken aufgefunden. Er war am Hinterkopf durch einen Schuß verletzt. In demselben Hause fand die herbeigeleitete Polizei auch den bewußtlosen Körper eines Mädchens, dessen Namen zunächst nicht festgestellt werden konnte.

Sächliche Angelegenheiten.

Saalabtreiberputz am Kornblumentage.

Der Blumenarbeitsverband hielt, wie unsere Leser aus einem Bericht an anderer Stelle erfahren können, seine Hauptversammlung in den Blumenmädchen Neustadt i. Sa. ab.

Ernst Hüffel, Geschäftshaus Neustadt i. Sa.

In den Vorreden des Blumenarbeitsverbandes Neustadt.

Niermit erlaube ich Sie höflich die Versammlung zu schließen, da ich im Folge des heutigen stattfindenden Kornblumentags welcher ein patriotisches Fest zum Besten bedürftiger Veteranen ist, nicht dürfen kann das Sie in meinem Lokal mit roten Ketten angelegt sich aufhalten.

Hochachtungsvoll Ernst Hüffel.

Als Herr Ernst Hüffel auf den Jahr gefaßt wurde, stellte sich heraus, daß er „höherer Gewalt“ gewichen war. Der Bürgermeister und der Vorsitzende des Komitees hatten ihn mit der Drohung bedrängt, daß das für den Abend vorgesehene Langfest in seinem Lokal nicht stattfinden werde, wenn er die Leute mit den roten Ketten dulde.

Die sächlichen Kaufmannsgerichte im Jahre 1912.

Die Zahl der Kaufmannsgerichte im Königreich Sachsen hat sich im Jahre 1912 um 1 auf 21 vermehrt. Sie bestehen sämtlich nur für einen einzigen Ort, davon 14 für Orte mit mehr wie 20000 Einwohner.

In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle handelte es sich um die Höhe des zu zahlenden Gehalts, sodann um Ansprüche auf Schadenersatz oder Zahlung von Konventionalstrafen, und schließlich um Antritt und Fortsetzung des Dienstverhältnisses.

Verächtliches Nachspiel zur Gemeinderatswahl.

Wegen öffentlicher Beleidigung war der Installateur Hermann Verthold in Kollwitz bei Chemnitz unter Anklage gestellt. Die Sache fand in unmittelbarem Zusammenhang mit der letzten Gemeinderatswahl in Kollwitz, die bereits die Amtshauptmannschaft, die Kreisbauernschaft und schließlich das Oberverwaltungsgericht beschäftigt hat.

Verurteilung H. A. festgestellt erachtete es, daß Kupfer Wahlbeeinflussung gegenüber der alten Frau getrieben hatte; hätte Verthold nur das zum Ausdruck gebracht, so hätte eine Verurteilung nicht erfolgen können.

Ostelbische Zustände.

Aus Elstra wird der Bittauer Volkszeitung berichtet: Nach Ostelbien glaubt man sich verfehlt, wenn man hört, daß die Anaben, die das letzte Jahr zur Schule gehen, in der Regel außer der Schulzeit beim Rittergutsbesitzer Schuster arbeiten.

Die sächlichen Industriellen und die Verkaufsstellen in San Francisco. In den Kreisen der sächlichen Industriellen herrscht dem Berliner Tageblatt zufolge Erbitterung über die Art der Behandlung, die die Frage der Beteiligung Deutschlands an der Verkaufsstelle in San Francisco durch die Regierung gefunden hat.

Widau. Der Rat der Stadt erläßt in der für unsere Stadt höchwichtigen Frage des Kohleabbaues unter der inneren Stadt eine öffentliche Erklärung, beantragt durch eine Reihe von Auffagen „über das Kohlenlager unter der inneren Stadt Widau“, die in letzter Zeit durch die sächliche Presse gegangen sind und in denen ausgeführt wurde, daß bei einem vollständigen Abbau der Kohle unterhalb der inneren Stadt für die Tagesoberfläche nicht die geringste Gefahr vorhanden sei und daß bei einem solchen Abbau rund 35 Millionen Tonnen Kohlen im Werte von 50 Millionen Mark gewonnen würden.

Widau i. S. Der nächste Verbandstag des Verbandes sächlicher Händler, Schaufeller und Marktführer (Sich Chemnitz) findet, wie die Sächsische Marktzitung in Böhmisch Meißel, am 20. und 21. Januar 1914 in Widau im Hotel goldener Anker statt.

Chemnitz. Die Fernfahrt Leipzig-Chemnitz des Juppeltrucks Sachsen war von herrlichem Wetter begünstigt. Zu vielen Tausenden strömten die Menschenmassen nach dem alten Gerglerplatz an der Schloßpauer Straße und den umliegenden Höhen, um die Ankunft des Luftschiffs zu beobachten.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Freitag nachmittag kürzte der beim Gutsbesitzer Kaiser in Wiesa beschäftigte Arbeiter Gustav Wäge beim Einfahren von Weitzsch so unglücklich vom Ernteboden, daß er dabei die Wirbelsäule brach und der Tod bald darauf eintrat.

Schwimmer vor dem Vergaser undicht geworden ist und das übermäßig zusetzende Benzin an den glühenden Motor gespritzt und zur Entzündung gekommen ist.

Stadt-Chronik.

Die Schupblume.

„Solang' uns diese Blume blüht, soll uns kein Mensch belästigen.“

Die Schupblume ist kein geheim Kräftlein, das man am Karfreitag pflanzen und verschlucken muß zum Schutze gegen Krankheit und Pestilenz. Die Schupblume lautet man und trägt sie am Kornblumentag sichtbar im Knopfloch zum Schutze gegen die „lachenden Mädchenaugen“.

Doch: Un — terhelden wir genau heißt's in irgendeinem Schwank. Der Träger der Schupblume bleibt nicht ungehoren, weil er 5 M. in die Wäschebüchse der Wohlthätigkeit warf — er opferte 5 M., weil er ungehoren bleiben wollte.

Da er fand man die Schupblume. Die Veranstalter sahen die Notwendigkeit ein, das Publikum vor der eigenen Aufdringlichkeit zu schützen. Bisher gestellte man den Blumenmädchen Verkäufer bei. Die sind jetzt überflüssig geworden.

Da er fand man die Schupblume. Die Veranstalter sahen die Notwendigkeit ein, das Publikum vor der eigenen Aufdringlichkeit zu schützen. Bisher gestellte man den Blumenmädchen Verkäufer bei. Die sind jetzt überflüssig geworden.

Mord und Selbstmordversuch.

In einem Hause der Müller-Ortel-Straße wurde in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend der Prokurist einer hiesigen Großhandlung bewußlos aufgefunden. Er war am Hinterkopf durch einen Schuß verletzt. In demselben Hause fand die herbeigeholte Polizei auch den bewußtlosen Körper eines Mädchens, dessen Namen zunächst nicht festgestellt werden konnte.

mit dem... hatte... stien... bedeten... beamtete... Wert... mehren... annehm... Eigent... einer... flichtet... geclit... der... Treppen... zwischen... haben... Verkauf... fahnen... schieben... außsch... das... Parqu... die... Sächs... Refult... fonder... Gebrauch... kaun... Wirt... treiben... und... energ... daß... die... ausnah... dogen... Waren... unfer... zeigt... gerliche... um... srad... ist... legen... denn... Feier... U... feinen... ist doch... den... daß... die... lebenden... während... feiten... merklar... die... unter... Zentral... und... Oberze... schaft... der... Stra... ant... die... die... be... Diffid... ledigt... steuer... kostet... R... u... 12... Okt... muß... die... Kirchen... sich... f... Kl... R... Neustad... trägt... uns... Tolke... gott... ein... wollte... in... Sie... wan... gen... beb... nungen... Stad... Land... der... Tolke... würde... Stra... eignen... selbst... ab... ge...

mit dem sich das Mädchen an den Puffen Schnittwunden beigebracht hatte. Beide Gashähne des Röhrenofens waren geöffnet. Im unteren Röhrenschrank lag ein Revolver, in dem noch drei Schüsse steckten. Ferner entdeckte die am Tatort erschienenen Polizeibeamten später im Schlafzimmer eine leere Patronenhülse und im Bett eine scharfe Patrone. Im Wohnzimmer standen auf dem Tisch mehrere Gläser mit Wein. Man darf nach dem bisherigen Befund annehmen, daß das Mädchen mit dem Revolver, der vermutlich sein Eigentum ist, abends gegen 8 Uhr in die Wohnung kam, im Laufe einer erregten Szene auf ihren Liebhaber schoß, dann in die Küche flüchtete und sich dort einriegelte. Der Verletzte ist ihr wohl nachgeflücht, hat die Küchentür von außen versperrt, um die Täterin an der Flucht zu hindern, und hat sich schließlich hilfesuchend in das Treppenhaus geschleppt, wo er ohnmächtig zusammenbrach. Inzwischen scheint das Mädchen einen Selbstmordversuch verübt zu haben. Mit Hilfe der sofort verständigten Angehörigen wurden im Verlauf der Nacht Erörterungen über die Persönlichkeit der Unbekannten, die bisher noch nicht vernehmungsfähig ist, angestellt. Verschiedene Personen wurden in Frage gezogen, mußten aber wieder ausgeschieden. Die weiteren polizeilichen Erörterungen ergaben, daß das Mädchen eine 17jährige, in Prag geborene Jüdische namens Margut ist. Sie befindet sich in gelegentlichen Beziehungen und hat die Tat wahrscheinlich aus Eifersucht und Rache ausgeführt, weil demselben sie hat verlassen wollen. Doch muß man erst noch das Resultat der genaueren Erörterungen abwarten.

Ein großer Unflug

sondergleichen ist das Anpreisen und Benutzen von allerhand Gebrauchsgegenständen unter Mißbrauch des Namens bekannter Männer. Frivole Geschäfteleute versuchen, solchen Mißbrauch auch mit dem Namen unserer bekannten Führer zu treiben. Jeder Genosse, der nur ein bißchen gesundes Urteils und ein wenig guten Geschmack besitzt, wird solche Waren energisch zurückweisen. Freilich wollen wir nicht verkennen, daß es leider noch eine Menge naiver Arbeiter gibt, die auf den Schwung hereinfallen, und es gibt ja leider Leute genug, die diese Spekulation auf die Geschmacksnerven geschäftlich ausnutzen. Das kann uns aber nicht hindern, ganz energisch dagegen zu protestieren und um strikte Zurückweisung solcher Waren zu ersuchen.

Die lächerlich solche Dinge sind, die mit der Verehrung unserer großen Vorkämpfer nicht das mindeste zu tun haben zeigt folgende Zuschrift eines Genossen, über die sich die bürgerliche Presse lustig macht. Sie lautet:

„Es handelt sich bei den Bebel-Zigarrenabschneidern um minderwertige, mit einem Schmeißer versehene Messerschneiden, deren Deckel mit einem Bebel-Bildnis überzogen ist. Allem Anschein nach sind diese Schmeißer bereits gelegentlich der Jahrbundfeier Jahns angepriesen worden, denn unter dem Bildnis Bebels befindet sich das von Jahns“

Vielleicht ist gelegentlich irgendeiner burrapatriotischen Feier das Konterfei irgendeiner Hirtlichkeit darauf gewesen. Uebrigens sei der bürgerlichen Presse gesagt, daß sie gar keinen Anlaß zu besonderer Lustigkeit hat, denn dieser Unflug ist doch in ihrem Lager bis zur Bewußtlosigkeit getrieben worden und wird noch getrieben. Man hat aber noch nie gehört, daß die bürgerliche Presse gegen die mit dem Konterfei versehenen Messerschneide u. m. irgend einmal sich gemeldet hätte, während unsere Presse fortlaufend gegen solche Geschmackslosigkeiten in ihren eigenen Reihen geschrieben hat.

Kirchenaustritt und Konfirmandenunterricht

Alle Eltern, Vormünder und Erzieher seien darauf aufmerksam gemacht, daß sie nicht verpflichtet sind, Kinder, die nächste Eltern die Schule verlassen, am Konfirmandenunterricht teilnehmen zu lassen. Die diesjährige Ortsgruppe des Zentralverbandes der protestantischen Freikirchen Deutschlands und der Dresdner Jugendbildungsverein veranstalten in der Osterzeit Feiern für die Schulklassen, die den Konfirmandenunterricht nicht absolvieren.

Wer die Konsequenzen seines Denkens ziehen will und aus der Kirche austreten will, wende sich an das zuständige Pfarramt, dem diese Absicht anzuzeigen ist. Nach vier Wochen muß die Austrittserklärung wiederholt werden. Mit der Austrittsbescheinigung gehe man zum Amtsgericht und lasse sich ins Diszidenten-Register eintragen. Sind diese Formalitäten erledigt, dann erst ist man auch von der Zahlung der Kirchensteuer befreit. Die Austrittsbescheinigung auf dem Pfarramt kostet in den meisten Fällen 2 M. Will man aber die Kirchensteuer schon nächstes Jahr sparen, dann muß man den Austritt sofort vollziehen. Vom 12. Oktober an werden die Hauslisten angefertigt, bis dahin muß die Sache geregelt sein. Auskunft in allen Fragen über Kirchenaustritt um, erteilt der genannte Verband. Man wende sich an folgende Auskunftsstellen: Arbeiterkolonial Dresden-Königsplatz, Finkenbergrstraße 4, 1. Etage, Bruno Ream, Dresden-Löbtau, Gerberstraße 18, 1. Etage, Fritz Jantzig, Dresden-Neustadt, Waldemarstraße 15, 1. Etage.

Zur Lösung der Kleinwohnungsfrage

trägt auch der Rat zu Dresden auf eigenartige Weise bei. Uns wird darüber aus Zolkewitz geschrieben: Die Raubgast-Tollwitzer Baugenossenschaft, die voriges Jahr in Raubgast einen Häuserblock mit über 30 Wohnungen errichtete, wollte für ihre in Dresden-Zolkewitz wohnenden Mitglieder in Zolkewitz ebenfalls billige, preiswerte Wohnungen schaffen. Sie wandte sich an den Rat zu Dresden um Lockerung billigen, bedauungsfähigen Landes. Es wurden ihr auch Hoffnungen auf ein in der Nähe des Straßendehndepots gelegenes Stück Land gemacht. Ferien unterbrechen kann für einige Zeit die Verhandlungen. Geduldig wartete die Genossenschaft des Bescheides. Dieser kam und was enthielt er? Das Land am Depot ist überhaupt nicht zu erhalten. Dafür bot der Rat großmütig ein Stück Land an, das gegenüber der Zolkewitzer Schule liegt. Seine unglückliche dreifache Form würde nach Wegfall der, laut baupolizeilichen Vorschriften, notwendigen Abstände von drei hoch zusammenlaufenden Straßen, ungefährlich zu einer räumlichen Bedürfnisanstalt eignen. Im Ernst hat der Rat mit diesem Vorschlag wohl selbst nicht geglaubt, der brennenden Wohnungsnot irgendwie abzuhelfen. Wenn er schließlich doch dem Wunsch der Bau- genossenschaft nachkäme, dann liegt die Sache freilich anders.

Die gebügeltten Diensthosen.

Der Polizeileutnant Winkler ordnete, wie uns mitgeteilt wird, in seinem Revier an, daß die Gendarmen in Zukunft mit gebügeltten Diensthosen zum Dienst anzutreten haben. Ob die durch die Bügelerei entstehenden Kosten die Polizeikasse trägt, wurde uns nicht mitgeteilt. Wir nehmen das aber an, da doch ganz anständige Schneiderrechnungen auslaufen können, deren Begleichung man doch den Beamten nicht zumuten

kann. Das Publikum sieht jedenfalls weniger auf gebügelte Diensthosen, als vielmehr auf gute Behandlung.

Ortsrentenliste Dresden.

Der Wittleberbestand bezifferte sich Ende Juli auf 141 365, und zwar 80 697 männliche und 60 668 weibliche Personen. (Anmeldungen erfolgten 20 904 (1853 lediglich für die Invalidenversicherung), Abmeldungen 22 510 (2414), so daß durchschmittl. 1611 Meldungen pro Arbeitstag zu erledigen waren. Schriftliche Eingänge sind 7482 zu verzeichnen gewesen, es waren täglich 27 zu bearbeiten. Bezahlt wurden: Krankengeld an Mitglieder 1 386 565 M., Familienunterstützung (für in Heilanstalten untergebrachte Mitglieder) 5006 M., Wohnungsmittelunterstützung 10 444 M., Sterbegelder 7100 M. In den Genesungsheimen der Stadt fanden 189 Pfleglinge in der Dauer bis zu 3 Wochen Aufnahme, während 191 Mitglieder nach zusammen 6128 Verpflegungen die Anstalt verließen. Von diesen Genesenden sind vollständig erwerbsfähig 165 und gebessert 25 entlassen worden. Die Zahl der Beitragszahlenden Arbeitgeber betrug am Monatsende 27 075, und zwar 15 122 für die Kranken- und Invalidenversicherung und 11 953 lediglich für die Invalidenversicherung. Die Einhebung der Beiträge erforderte 27 075 Abrechnungen. 7363 Arbeitgeber haben die Beiträge an den Kassellen der Kasse berichtet und 2614 Rückständige sind zu ermitteln gewesen, bei denen in 782 Fällen das Beitragsverwehren eingeleitet werden mußte. An Beiträgen für die Invalidenversicherung sind 402 217 M. und für die Krankenversicherung 222 983 M. zu vereinnahmen sowie für 24 160 M. Beitragsmarken auszulassen gewesen. Die Zahl der versicherungspflichtigen Personen für die letztere Versicherung betrug 146 063, und zwar 79 915 männliche und 66 148 weibliche. In 167 Fällen waren Mitglieder wegen Jugendverletzungen gegen die Vorschriften für erwerbsfähige Kranke mit Zahlungsstrafen zu belegen und 7 Arbeitgeber wurden wegen Nichtablieferung von Beiträgen zu Geld- bez. Gefängnisstrafen verurteilt.

Victoria-Salon.

Der Sommer scheidet und der Herbst zieht ins Land. Frauen finden's die Stoppelfelder, in der Großstadt erinnern sie sich an die Eröffnungsvorstellungen der Theater daran. Am Sonntag eröffnete der Victoria-Salon die Winterpause. Die erste Vorstellung fand trotz der verspäteten Bundstage ein volles, beifallswilliges Haus. Die Schwestern Kingston, zwei Soubretten der Oper, kommen zu jedem ihrer drei Varieté-Acts in anderem Kostüm und nennen sich darum ihren Verwandlungs-Star-Tänzerinnen. Madame Duval führt dressierte Terzette und Quartette vor, deren gut eingeleitete Späße dem Publikum viel Vergnügen bereiten. Zwei Kinder, Amanda und Clarissa, treten als equilibristische Wunder auf. Aber der Anblick der vorernten Kinderkörper und das starke Bühnenlächeln dieser unglücklichen Kinder dämpft die Bewunderung ihrer Leistungen. Man denkt an das freudlose Los dieser Varieté-Kinder, von dem man irgendwo gelesen. Das burleske Komiker-Duo Kurz und Lang weckt schallende Heiterkeit im Hause, die sich noch steigert, wenn die tanzende Ales-Salome um den Zwerger-Johannes drehen. Die fünf Clowns, vier Herren und eine Dame, zeigen exakt ausgeführte gymnastisch-equilibristische Kraftleistungen, die über den Durchschnitt des in diesem Genre schon oft Geübten stehen. Margette Quarnio, eine temperamentvolle exotische Tänzerin, nennt ihre Nummer nach der äußeren Aufmachung „Das lebende Album“. Zwei Papagenen, Co-Co und Laura, sprechen deutsche und französische Sätze, die ihnen ihr Dressier ziemlich geräuschvoll abfragt. Der Humorist Weisner-Freie bearbeitet in seinen Couplets verbrauchte Stoffe und befinigt am Schluß den Deutschen Kaiser als Friedensfürsten. Sieben Damen, unter denen einige über Klavierspiele, aufgeschickte Stimmungen verfügen, beschließen das Programm mit einer Gesangsreihe „Hör' o'clock-Tea bei Madame X“. Der Kinetograph gibt noch einen humoristischen Film an. — Im Theatertunnel ist das Künstlerensemble „Schabi“ eingezogen.

Postlagerbriefe.

Das Reichspostamt hat eine neue Verfügung erlassen, die für das postlagernd korrespondierende Publikum von großer Bedeutung ist. Bisher wurde jede Postlagerndsendung — wenn sie nicht lebende Tiere enthielt — vier Wochen lang zur Verfügung des Empfängers gehalten. War sie bis dahin nicht abgeholt, so erfolgte die Rücksendung oder — wenn der Absender nicht zu ermitteln war — die Vernichtung. Nun jetzt ab soll es gestattet sein, diese Lagerfrist durch einen Vermerk zu beschneiden und eine frühere Rücksendung zu erwirken. „Zurücksenden, wenn nicht bis 30. August abgeholt!“ oder: „Nur bis zum 30. August lagern lassen!“ sind etwa die Schemata für solche Aufschriften, deren deutliche Lesbarkeit ebenso empfohlen wird wie ein frägliches Unterstreichen.

Die Postbehörde tut mit der Revorordnung sich selbst wie dem Publikum einen großen Gefallen. Man darf annehmen, daß durch diese zeitliche Beschränkung die Zahl der Lagernden Sendungen sich erheblich vermindern wird. Die Soupsache ist natürlich, daß von der Revorordnung häufig Gebrauch gemacht wird, und das wird geschehen, wenn man das Publikum möglichst durch einen Anschlag am Postlagerschalter immer wieder darauf hinweist. Denn wer postlagernd schreibt, empfangt zum mindesten manchmal einen Brief auf diese Weise. Daß es sich nicht nur um einen Komfort für die illegitime bürgerliche Liebe handelt, versteht sich bei unserer fahlen Postverwaltung von selbst.

Walderholungsstätte. Das schöne Spätsommerwetter kommt den Schulkindern in der Walderholungsstätte überaus zustatten. Es wurde deshalb beschlossen, Schulkinder auch noch während des Septembers, gegebenenfalls bis Ende der Herbstferien zu verpflegen. Ein Aufenthalt während des Septembers kostet 25,40 M. für ein Kind. Dazu kommt lediglich der Preis einer Schüler-Monatsfahrkarte der Straßenbahn (3 bis 5 M.). Weitere Auskunft erteilt und Anmeldungen nimmt an Herr Lehrer A. Wehnert, Melanchthonstraße 7, 2. (Telephon 4673, Sprechzeit: abends 7 1/2 bis 9 Uhr.)

Glückliche Rettung. Am Sonntag vormittag 10 1/2 Uhr stürzte der vier Jahre alte Postkassensohn Otto Krauß in der Nähe der Pulvermühle in den Weiserhühnergraben und wäre ertrunken, wenn nicht der Feuerschutzeifer aus Vorstadt Löbtau rasch entschlossen den Anaben dem Wasser entziffen hätte.

Entwickeln sind am Sonntagabend aus dem Stellungshaus Witzburg die Fürstorgezöglinge Jannhanns, Schreiber, Theise, Horn, Gabelbach und Bergner. Bobin sich die Drückberger gewendet, die teilweise aus Dresden und Leipzig gebürtig sind, konnte noch nicht ermittelt werden.

Großer Verlust. Auf dem Hauptbahnhof ist am Sonntagabend einem Reisenden die Brieftasche abhanden gekommen, in der sich ein Kreditbrief auf den Namen R. Dally-Kaupert lautend über 2500 Pfund (rund 50 000 M.), ausgefüllt von einer Pariser Firma, und ferner gegen 1000 Kronen österreichischer Noten befanden.

Unterbringung. Der 18 Jahre alte Kaufmannslehrling Geber unterlag seinem Chef 500 M. und flüchtete mit dem Gelde. Bereits vor Jahresfrist verließ er bei seinen Eltern auf der Bismarckstraße wohnende Lehrling eine Unterbringung in Höhe von 800 M., wofür er drei Monate Gefängnis erhielt.

Keilexplosion. Sonntag früh 5 1/2 Uhr rückte die Feuerwehr nach dem Theaterplatz aus. Auf dem Dachboden des italienischen Dörfchens war der Warmwasserkessel geplatzt. Hierdurch wurden teilweise Fußboden und Decken beschädigt.

Am Grabe ihrer Mutter erschoh sich am Sonntagabend nachmittag 2 Uhr auf dem israelitischen Friedhof die 28 Jahre alte, von ihrem Mann getrennt lebende Monteurschweizerin Gertrud R., die zuletzt auf dem Weißen Kirch wohnte.

Verloren. Am vorigen Sonntag hat eine arme Aufwartefrau im Volkshaus ein Portemonnaie mit Inhalt verloren. Dies bedeutet für die Frau einen großen Verlust. Der eheliche Finder wird gebeten, dasselbe im Bureau des Gewerkschafts-kartells abzugeben.

Warnung! Einem Delegierten des Bauarbeiterverbandes wurde in der Baubude der Bienenmühle am Hafen aus seinem Jackett eine Brieftasche mit noch unentwerteten Beitragsmarken im Betrage von 64 M. gestohlen.

5. Kreis. Mittwoch den 3. September findet im Volks-haus, abends 9 Uhr, ein Diskussionsabend für die Genossinnen statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Grösch: Der Roman der Mutter. Allgemeine Angelegenheiten. Jahrestages-Ergebnisse werden erörtert.

Verein für Volksgesundheit. Kinderausflug morgen Dienstag den 2. September nach dem Waldteich. Stellen 11 Uhr vormittags am St. Pauli-Friedhof, Badezug und 5 Pf. mitbringen. Kinder, die den Anordnungen nicht Folge leisten, haben keinen Anteil an den Vorteilen, die der Verein gewährt.

Kinderschutzkommission. 4. Kreis. Nächsten Mittwoch findet Heidepartie statt. Treffen 1/2, 3 Uhr auf dem Mannplatz an der Erzgießhalle. Probiert ist mitzubringen. Frauen sind willkommen.

5. Kreis. Kinderschutzkommission. Mittwoch Ausflug in die Heide. Abmarsch 2 1/2 Uhr Sachsenplatz und Schützenplatz. Proviand ist mitzubringen. Eltern willkommen.

Kinderschutzkommission Erielen. Mittwoch Ausflug nach Rodwitz. Sammeln 2 1/2 Uhr am Schillerplatz. Probiand und 13 Pf. sind mitzubringen.

Aus der Umgebung.

Briesnig. Mittwoch den 3. September, 7 1/2 Uhr abends, findet im Gemeindefaam, Dorfstraße 3, öffentliche Sitzung des Gemeinderates statt.

Sellerau. Preisverteilung für die Kleinhausgärten Selleraus. Es wurden 343 Hausgärten und 147 Vorgärten, insgesamt 490, eingehend besichtigt. Die Preisrichter haben sich bei der Bewertung von den in den Sellerauer Mitteilungen vom 5. April d. J. veröffentlichten Bedingungen der Gartenstadtgemeinschaft Sellerau leiten lassen; sie lauteten dahin, daß ein Kleinhausgarten einfach und praktisch eingeteilt sein müsse, daß er an Gemüse und Obst möglichst viel herbeie, ohne den mit geringen Mitteln zu erzielenden Blumenschmuck zu vernachlässigen; ferner, daß er eine freundliche Sitzgelegenheit enthalte. Auch soll der Garten einen guten Gesamteindruck machen. Die Vorgärten sollen ohne großen Aufwand vollen Blumenschmuck und gute Beranfung der Hausmauern zeigen. Der Gesamteindruck der ganzen Anlage war gut. Leider wird das Gesamtbild manchmal durch unschöne Bolieren und Kranzschäfte beeinträchtigt. Zur Tierhaltung, insbesondere für Süßner, sind die Gärten nicht groß genug. Will man dem Garten zuliebe die Tierhaltung nicht aufgeben, so soll man sie wenigstens geschickt durch Anpflanzungen verdecken, wie es der Garten des Herrn Mohr im grünen Bispel 73 lehrt. In vielen Vorgärten sind die Beete viel zu klein angelegt und machen dadurch einen mäßigen, spielerischen Eindruck. Auch geschmacklose Beeteinfassungen, wie farbige Bretchen und dergl., zeigten sich hin und wieder. Sehr selten fand sich erfreulicherweise ein Garten, dessen Zweck verkannt ist, wenn er nur als Kartoffelfeld benutzt wird, und ebenso selten ein vernachlässigter Garten. Die Preisrichter geben dem Wunsch Ausdruck, daß solche Gärten in der Gartenstadt Sellerau bei der Prämierung im nächsten Jahre überhaupt nicht mehr gefunden werden. Es wurden 3 erste, 5 zweite und 20 dritte Preise zuerkannt.

Dippoldiswalde. Unter Bürgertum hat sich zum 8. September ein Tag gerückt. An diesem Tage soll auch der neue Markbrunnen eingeweiht werden. Ursprünglich wurde immer nur von einem Bierbrunnen gesprochen und geschrieben, der den Reiz unseres altertümlichen Marktbildes erhöhen sollte. Einflußreiche Kreise haben aber die Gelegenheit benutzt und aus einem simplen Bierbrunnen einen Kriegerbrunnen gemacht. Das entspricht nun einmal der gegenwärtigen Zeitströmung. So ganz ungeteilt scheint aber die Freude in jenen Kreisen nicht zu sein. Denn den Brunnen krönt ein plüternakter Anabe aus Bronze. Die schon bei früherer Gelegenheit um das sittliche Wohl der Einwohnerschaft unseres Städtchens so sehr besorgten orthodoxen Kreise werden nicht schlecht die Nase gerümpft haben. Daß bei derartigen Festen stets die Schulkinder mit engagiert werden, ist bei uns leider selbstverständlich geworden. Die maßgebenden Schulbehörden sollten aber bedenken, daß ein beträchtlicher Teil unserer Einwohnerschaft eine andere Meinung über den Zweck solcher Feste hat, nämlich die, daß dadurch die Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus gestört werden und daß dadurch Unfrieden in die Familie getragen wird. Dies kann aber nicht im Interesse der Schule selbst liegen. Wenn die Schulbehörden glauben, daß sie durch Ausüben ihrer Macht dem Patriotismus in der Arbeiterschaft auf die Beine helfen können, so irren sie sich gewaltig. Für einen Patriotismus, der dafür eintritt, daß das Reich seine gewaltigen Einnahmen nur immer für Kanonen, Schiffe, Festungen usw. ausgibt und die armen Veteranen der privaten Wohltätigkeit überläßt, danken wir. Was würden

Wenn jene Kreise sagen, wenn wir ihre Kinder zu unseren Festlichkeiten zwingen wollten? Wir bielten es für notwendig, die Schule auf diese Konsequenzen aufmerksam zu machen...

Eisenberg-Moritzburg. Dienstag den 2. September, abends 8 Uhr, öffentliche Gemeindevorstellung im Gasthof zum Kriegerhaus.

Geising. Der organisierten Arbeiterschaft zur Kenntnisnahme, daß uns seit geraumer Zeit die Lokalitäten des Schützenhauses zu Geising wieder zur Verfügung stehen...

Gerichtszeitung.

Landgericht. Gemeinschaftlichen Einbruch.

beräben in der Nacht zum 15. Juni d. J. der 34jährige, vielfach vorbestrafte Arbeiter Paul Friedrich Spangenberg und der bisher unbescholtene, 27jährige Arbeiter Julius Joseph Sydler...

Seine Mutter beschuldigt.

Der 19jährige Arbeiter Heinrich Walter Wünsche in Langendöbel war im Februar dieses Jahres arbeitslos geworden und in schiedliche Verfassung geraten. Um sich Mittel zu verschaffen, hatte der bis dahin unbefangene Jüngling seiner Mutter 30 M. Bargeld und vier Sparkastenbücher...

Lebenslicher Besuch.

Am Abend des 3. Mai 1910 nahm der Kaufmann Sch. die 34jährige Kinderdame und Sprachlehrerin Luise Anna Clausnitzer mit in seine Wohnung. Als er sich am nächsten Morgen in sein Bureau begab, ließ er die nächste Wache in der Wohnung...

Schöffengericht.

Die Folgen einer Geburtsstange. Der russische Franz Oster Jurisch machte ein Verbrechen begangen mit und feierte gleichzeitig Geburtstag. Dabei wurde städtig getrunken und J. befand sich in einer mehr denn animierten Stimmung...

Notwehr. Wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung hatten sich der Dachbedenmeister Paul Bruno Hanschmann und dessen Sohn, der Vätergeschilte Fritz Richard H. zu verantworten.

Wegen Stillschließens. hatte sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit der Bureauassistent Friedrich W. zu verantworten.

5. Verbandstag der Blumenarbeiter u. -arbeiterinnen Deutschlands.

k. r. Neustadt, 31. August.

In Neustadt, einem Hauptstapel der Blumenindustrie, trat heute morgen der Verbandstag zur Beratung folgender Tagesordnung zusammen: 1. Geschäftsbericht, 2. Bericht der Kommissionen...

Der Vorsitzende des Verbandes sagt der Tagesordnung: Die Verhältnisse der Blumenarbeiter sind in den letzten Jahren außerordentlich günstig gewesen...

Die Verhandlungen über die Lohnfrage wurden durch den Vorschlag des Vorsitzenden, die Verhandlungen zu vertagen, abgebrochen.

Die Verhandlungen über die Lohnfrage wurden durch den Vorschlag des Vorsitzenden, die Verhandlungen zu vertagen, abgebrochen.

Die Verhandlungen über die Lohnfrage wurden durch den Vorschlag des Vorsitzenden, die Verhandlungen zu vertagen, abgebrochen.

Die Verhandlungen über die Lohnfrage wurden durch den Vorschlag des Vorsitzenden, die Verhandlungen zu vertagen, abgebrochen.

Welter internationaler Transportarbeiter-Kongress.

C. R. London, 26. August. Nachmittags 3 Uhr.

Zu der Nachmittags-Sitzung erstattet der Sekretär der Föderation Z. G. H. in Berlin den Bericht des Zentralrats.

In England hat man in den letzten Jahren sozialistische Massendemonstrationen mit zentraler Organisationsform kombiniert, wozu man große Erfolge erzielt, freilich nur unter günstigen Umständen...

Die Entwicklung der Internationalen Transportarbeiter-Föderation wird berichtet, daß sie heute in 18 Ländern 50 Organisationen mit 881 915 Mitgliedern in Wirklichkeit sogar schon über eine Million Mitglieder zählt...

Zu G. H. erzählt den schriftlichen Bericht: Wenn die italienischen Kollegen den Bericht des Zentralrats für wertlos erklärt haben, so ist es sich um die Darstellung der Organisationsvorgänge in den einzelnen Ländern handelt...

Die organisatorischen und tatsächlichen Fragen behandelt dann Dr. G. H. als Mitglied des Zentralrats: Aber die Frage der Organisationsform wünscht der Zentralrat keine Auseinandersetzung auf diesem Kongress...

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Ein Jubiläumstag im Buchdrucker-Verband.

Im März 1888 beschloß der Buchdrucker-Verband auf einer Samtungs-Generalversammlung, die Verbandstätigkeit zu Stuttgart nach Berlin zu verlegen.

Die Verhandlungen über die Lohnfrage wurden durch den Vorschlag des Vorsitzenden, die Verhandlungen zu vertagen, abgebrochen.

Die Verhandlungen über die Lohnfrage wurden durch den Vorschlag des Vorsitzenden, die Verhandlungen zu vertagen, abgebrochen.

Die Verhandlungen über die Lohnfrage wurden durch den Vorschlag des Vorsitzenden, die Verhandlungen zu vertagen, abgebrochen.

Kaufhaus Julius Caspar

Hechtstraße

Dresden-Neustadt

Rehefelder, Ecke Bürgerstr.

Die wohlfeile Woche

beginnt

Donnerstag den 4. September.

[A177]

Zu dieser grosszügigen, seit Wochen auf das sorgfältigste vorbereiteten Verkaufs-Veranstaltung habe ich enorme Warenmengen sehr günstig eingekauft, und biete ich meiner werten Kundschaft damit eine einzig dastehende Kaufgelegenheit.

Beachten Sie bitte die Mittwoch erscheinende vierseitige Bellage.

Soziald. Verein Dresden-Altst.

Freitag den 5. September, abends 8 1/2 Uhr

Gruppen-Versammlungen

- Gruppe: **Restaurant Burgkeller**, Jüdenhof 1
Soziale Reformversuche im alten Rom. Referent: Genosse König.
- Gruppe: **Restaurant Starke**, Jöllnerstraße 35
Die soziale Bedeutung von Gerhart Hauptmanns Webern. Referent: Genosse M. Walther.
- Gruppe: **Adams Restaurant**, Kaufbachstraße 16
Vortrag.
- Gruppe: **Braunschweiger Hof**, Freiburger Platz
Der sächsische Staat. Referent: Genosse Sandermann.
- Gruppe: **Dresdner Volkshaus**, Ribbenbergstraße
Die Grundriss der christlichen Kirche. Referent: Genosse Wenzel.
- Gruppe: **Restaurant Vorkmann**, Schnorrstr. 62
Parlamentarismus und Sozialdemokratie. Referent: Genosse G. Rische.
- Gruppe: **Sport-Café**, Pfotenhauerstraße 77
Arten und Arbeitslosigkeit. Referent: Genosse Riem.
- Gruppe: **Restaur. Kühnel**, Zwickauer Straße 31
Welthandel und Weltverkehr. Ref.: Genosse Dr. Sachs.
Vorstandsbericht. Diskussion.

V 23] Der Vorstand.
Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Dresden und Umgegend

D. M. V.

Telephon 15 079 ————— Telephon 15 079

Extra-Fahrt

Baufach-Ausstellung Leipzig

7. September 1913.

Für diejenigen Mitglieder, welche Montag den 8. September noch in Leipzig bleiben wollen, haben wir die Vergünstigung erlangt, einfache Fahrkarten zur Einfahrt im Extrazug lösen zu können. Diese Teilnehmerkarte kostet für Einfahrt nach Leipzig, Eintritt in die Ausstellung und in die alte Stadt 3,10 M.; für die Rückfahrt muß jeder selbst sorgen. [V181]

Wer Quartier besorgt haben will, muß das unter Adressenangabe bis **Mittwoch den 3. September** im Bureau melden.

Teilnehmerkarten — auch für einen Tag — sind noch im Bureau zu haben. Fahr- und Ausstellungskarten werden bis Sonnabend den 6. September nur im Bureau abgegeben.

Die Verwaltung.

Central-Theater

Heute Montag den 1. September

1. Gastspiel des weltberühmten Severin

mit seinem Original-Ensemble vom Folies Bergère (Paris)

in
„Das Gewissen“
(Conscience)

A 89] Pantomime in vier Bildern. Musik von Colo Bonnet.

Serene Nord

„Die Venus im Bade“
mit ihren beiden Wassernymphen
und die für Dresden neuen Attraktionen

Varieté-Preise (einschl. städtischer Billettsteuer)

Orchesterloge . . . M. 5.50	1. Rang Balkon . . . M. 3.—
Parkettfauteuil . . . 3.—	1. „ Tribüne . . . 2.50
I. Parkett . . . 2.—	2. „ Procé-Loge . . . 3.50
II. Parkett . . . 1.50	2. „ Balkon . . . 2.—
III. Parkett . . . 1.25	2. „ Tribüne . . . 1.50
Stehparkett . . . 1.—	2. „ Seitenreihe . . . 1.25
I. Rang Procé-Loge . . . 5.50	2. „ Stehplatz . . . —.80
1. „ Fremd-Loge . . . 4.—	2. „ Sitzgalerie . . . 1.—
1. „ Loge . . . 3.50	2. „ Stehgalerie . . . —.50

Anfang 8 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.
Sonn- und Feiertags 2 Vorstellungen
Nachmittags 3 1/2 Uhr ermässigte Preise. Abends 8 Uhr gewöhnliche Preise.
Rauchen überall gestattet!

in echt und imitiert bezieht man jetzt direkt aus Wilsdruff vom

Möbel Genossen Hildebrand.

Eligene Tapeziererwerkstätten. Tel. 121.

Musenhalle

Einziges Varieté und Volks-Theater des Westens
Täglich abends 8 Uhr: Das große Saison-Eröffnungsprogramm
Reymanns Schauspiel-Ensemble aus Hannover
12 Personen

Reingold-Quintett, gesungen vom Ensemble
A. Reundorf, Ballett-Maler
Damen-Gesang- und Tanz-Quartett „Die flotten Mädel“
Sylphide, Serpente, Flagen- und Flammenlängerin
Elektra, wunderbarer Beleuchtungskunst.
Wald-Walden, Orchester-Duett. !! So hat man noch nicht gehört !!
O, diese Männer. Original-Operette in einem Akt
Amor auf Reisen. Lustspielkomödie mit Gesang und Tanz, vollständig neu für hier.
In den Pausen: **Kino-Einlagen**, das Beste.
Sonntags drei Vorstellungen!

Wochentags Vorzugskarten gültig!

Beyers

Restaur. u. Stebbierhalle, Keilisdorfer Str. 11

Empfehlen unsere renovierten Lokalitäten dem geehrten Publikum zur Einkehr bestens. **Artur Beyer und Frau.**

Erstes Kulmbacher

Sohlenleder, Ausschnitt

Schuhmacher-Werkzeuge u. Bedarfsartikel
Lolsten, größte Auswahl, neueste Formen, Gummi-Abfälle, Gummitritt und Lederfitt. L 1021

Rudolf Kobitzsch, Gr. Zwingerstr. 17, gegenüb. Volkstg.

Soeben erschienen:

Klara Zetkin

Karl Marx
: und sein Lebenswerk :
Mit Anhang: Literatur über und von Marx

Preis 25 Pf.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung. — Alle Ausländer der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Brantleute!!
Möbel aller Art kann man jetzt am vorteilhaftesten kaufen, da keine Bademische, bei **O. Söldner**, Selbiger Straße 248, eigene Holzwerkstätte. [B 2485]

Frauentee
Kafet 75 Pf., altbewährt. [L 1036]
Wallstraße 4.

Wittwoch den 3. September, abends 8 1/2 Uhr, findet in der **Rehböckshäute in Gittersee** eine Versammlung der Baugenossenschaft für Birkigt u. Umg. statt, zu der alle die eingeladen sind, die sich für die Bestrebungen zur Förderung des **Reinwohnungsbaues** interessieren, namentlich aber

Wohnungsuchende

die in nicht zu fernem Zeit in Coschütz oder Burgk sich ansiedeln wollen.

Tagesordnung:
Die Baugenossenschaft für Birkigt u. Umg., ihre Ziele und Bestrebungen

Der Vorstand
K 179] der Baugenossenschaft für Birkigt u. Umg., e. G. m. B. G.

KLZ.

Restaur. Kielmannsegg
Tharandter Str. 34
Morgen Dienstag Schlachtfest
Von früh 8 Uhr an Wellfleisch u. Leberwürstchen; nachmittags frische Wurst- und Leberwürst. [K 192]
Ed. Wängel und Frau.
Platzhofs-Steil. 15 M. & Radweg, Grammophon 25 Pf. Gebet. 15, p. L.

Wittwoch, 3. September abends 6 Uhr im **Volkshaus**.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: **Emil Rische**, Dresden.
Verantwortlich für den Inseratenteil: **Reinhold Giesler**, Dresden.
Druck und Verlag: **Raben & Romb.**, Dresden.

Die Arbeit der 110.

Als die neugewählte starke sozialdemokratische Fraktion ihren Einzug in den Deutschen Reichstag hielt, war sich Freund und Feind darüber einig, daß dieser starke Bezug aus dem Lager der Arbeiterpartei das Parlament nicht als Paulbett betrachten würde. Aber erst der soeben erschienene Bericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gestattet einen vollkommenen Ueberblick über die Fülle von Anregungen und Anträgen, die im Interesse des werktätigen Volkes von ihr ausgingen. Von den 110 Abgeordneten haben allein im letzten Sessionsabschnitt des Reichstages das Wort ergriffen und wenn wir in Berücksichtigung ziehen, daß die Genossen Förster und Raden im Laufe der Session noch längerer Krankheit durch Tod ausschieden, Genosse Cohen erst eintrat, v. Vollmar und einige andere durch Krankheit meist dem Reichstag fernbleiben mußten, so ist zur Genüge dargetan, daß keine Fraktion des Reichstages ein solches Maß von Rührigkeit und Arbeitsfreudigkeit an den Tag gelegt hat, als die sozialdemokratische. Von den Schutzmaßnahmen gegen die Kindertuberkulose, die Genosse Kühle anregte und dem Wunsch, die vierte Wagenklasse auch in Schnell- und Eilzügen einzustellen, den Genosse Fischer-Hannover zum Ausdruck brachte, bis zu den für die deutschen Steuerzahler recht wichtigen „Kornwälder“-Entwässerungen Liebnechts und der segensreichen Milderung des Militärstrafgesetzbuches oder der Kennzeichnung der Rentenquerscheren bei Invaliden und Unfallverletzten durch die Genossen Körsten und Taubadel liegt eine Fülle von fruchtbarsten Anregungen und Vorschlägen, wie sie durch die nachfolgende kurze Zusammenstellung nur flüchtig angedeutet werden kann. Immerhin wird diese Uebersicht dem Millionenheer der sozialdemokratischen Wähler einen kleinen Ueberblick über die Tätigkeit ihrer Vertrauensmänner gestatten und zur Agitation gute Dienste leisten. Die einzelnen Abgeordneten beteiligten sich an den Beratungen des Reichstages in nachstehender Weise:

Albrecht tritt für Anstellung von Zivilarbeitern statt der Leinwandhandwerker ein und bekämpft die Hetzpartei für Bekleidungsämter.

Antick spricht für anständige Bezahlung und Beschäftigung sowie kürzere Arbeitszeit des Krankenpflegepersonals in den öffentlichen Heilanstalten.

Baumbert setzt sich für Verbesserung des Eisenbahn- und Postbetriebs in den Thüringischen Kleinstaaten ein.

Bauer spricht für die Vereinfachung der Arbeiter in den staatlichen Betrieben.

Bebel wendet sich gegen parteiliche Verschleppung von Wahlprüfungen (Körster, Wilmeyer).

Bender verlangt gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und eine Mindestruhezeit von 10 Stunden für das Fuhrwerksgewerbe.

Bernstein beantragt Sicherung des Staatsbürgerrechts, Verbesserung in der Armee nach der Möglichkeit, Reform der Arbeitsvermittlung als Vorbedingung zum Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit, Unparteilichkeit der Behörden beim obersteinsten Streit.

Böse bringt Mißstände in den Strohhüttenbetriebsbetrieben sowie in der Post selbst zur Sprache.

Brandes setzt sich für die Werftarbeiter und Werkbeamten ein.

Brey fragt nach den Ursachen epidemischer Erkrankungen beim Militär und wünscht Verbesserungen für die Konfessionsangehörige.

Bühse kritisiert das Berggesetz und andere Nachteile des Handwerks und unterstützt den Antrag Rauch auf bessere Unterbringung der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften.

Bühmer tritt für Mutterschutz, Stillprämiën, Schwangerschaftsunterstützung und Befreiung des Hebammenstandes zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ein.

Cohn kritisiert die Klassenjustiz, besonders im Ruhrrevier, und verlangt Verstaatlichung der Rast-Industrie.

Danz beantragt schärfere Heranziehung der Millionäre zum Wehrbeitrag, verlangt die Besteuerung der Fürsten und Herabsetzung der Zuckersteuer.

Danzmann wendet sich gegen Weiderschleuderung bei der Anlage von Exerzierplätzen und die einseitige Unterstützung der bürgerlichen Jugendpflege durch staatliche Mittel.

Deichmann erkundigt sich nach den Maßnahmen zum Schutze der Heimarbeiter in der Tabakindustrie.

Dittmann unterstützt die Interpellation König wegen des Wagenmangels im Ruhrrevier und kritisiert die Unterbrechung des Verkehrs aus militärpolitischen Gründen.

Ebert verlangt mehr Sozialpolitik in der Post- und Telegraphenverwaltung, spricht für die Kinderzulagen an Reichsbeamte und verlangt Verbesserung der bisherigen Hungerlöhne für Postboten.

Emmel nimmt die Gemeinden gegen den Vorwurf der Luxuswirtschaft in Schutz und begründet die Interpellation gegen die Ausnahmebestimmungen in Elb-Bootschiffen.

Erdmann kennzeichnet die Heuschrecke des Zentrums, das zwar die Kraft ausbringt, Verschaffungen zu verhindern, aber für die Jesuiten nur Schlingengesetze aufstellt.

Feldmann verlangt Schutzmaßnahmen gegen die Lungentuberkulose bei Steinarbeitern.

Fischer verteidigt die Konsumvereine gegen ungerechtfertigte Angriffe.

Fischer-Berlin tritt für die Schaffung einheitlicher Wahlurnen und die ernsthafte Förderung der Sozialpolitik ein.

Fischer-Hannover regt Einstellung von 4. Wagenklassen in Schnell- und Eilzügen an.

Franz bekämpft die ungeheuerliche Heeresvorlage, stellt Anträge gegen den Unflug des Militärbudgets gegen Gastwirte und unterstützt die Förderung parlamentarischer Untersuchungskommissionen für Rüstungsleistungen.

Fuchs vertritt die Wünsche des Personals und des Publikums bei den Reichseisenbahnen im Elb.

Gebel wendet sich gegen die Erschwernisse des Heilberfahrens bei Invaliden, verlangt Schutz des Einkommens von Privatangestellten gegen Pfändung und Abschaffung der Konkurrenzklause.

Göhre verlangt den endlichen Erlaß eines Reichsmohnungsgesetzes und Beschleunigung der Wohnungsfürsorge.

Gradnauer verlangt Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersversicherung, wendet sich gegen die fleischverwehrende Grenzpolitik, spricht für Demokratisierung der Staatseinzichtungen und für Beseitigung aller Privilegien im Militärdienst.

Grafe wendet sich gegen die allweltpolitischen Mäuren der Regierung, bekämpft die Heeresvorlagen, spricht gegen die Abschaffung der Wertzuwachssteuer und verlangt die Besteuerung der Fürsten.

Guberland verteidigt die Selbstverwaltung der Krankenkassen und wünscht höhere Leistungen derselben.

Grafenahl unterstützt die Petition der Jänbholzarbeiter auf Abschaffung und wünsch geistliche Dienst- und Ruhezeiten für alle deutschen Eisenbahner.

Greine verteidigt die Freiheit der Kunst, bekämpft die Klassenjustiz, verlangt religiöse Toleration im Heere auch für Freidenker und kennzeichnet die einseitige und parteiliche Unterbrechung der Arbeiterturner.

Grenze verlangt die paritätische Verwaltung der Seemannsheimen und wendet sich gegen die kapitalistische Kolonialpolitik.

Gersfeld tritt für den Gesekentwurf betr. die Vergütung und Hilfeleistung in Seenot ein.

Giesel verlangt gesetzliche Handhaben gegen die gemeinschädliche Ausbeutung der Pideikammisse.

Gsch wünscht Erleichterung des Heilberfahrens für Kranke und Ausbeutung der Arbeiterschaft.

Geffmann-Kaiferslautern spricht für Aufhebung des Jesuitengesetzes und gegen die steuerliche Benachteiligung der Inlandsweine.

Gefmann-Kudolstadt verlangt reichsgesetzliche Regelung des Wahlrechts in den Bundesstaaten.

Gesichter beantragt die Wehrleistungen des Wehrbeitrages für Arbeiterlose und hilfsbedürftige Säuglinge zu verwenden und wendet sich gegen die Einschränkung der Festungsstädte.

Gugel stellt fest, daß bei der Pension gemeiner Soldaten gespart wird, während man bei solchen für Offiziere sehr spendabel ist.

Güttmann verlangt reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens und eine gerechte Wahlkreisverteilung.

Jädel verlangt Berücksichtigung tarifreuer Fabrikanten bei Militärleistungen und Schutz der Arbeiter in der Kunstbaumwollindustrie vor Konkurrenzgefahr.

Käppler fordert gesundheitlichen Schutz für Röhlenarbeiter.

Keil kennzeichnet bei der dritten Lesung des Etats die vollenfeindliche Politik der deutschen Regierung. Für das Heer ist immer Geld vorhanden — für das Volk nie.

König begründet die Interpellation über den Wagenmangel im Ruhrrevier und bepricht die daraus entstehenden wirtschaftlichen Schäden.

Körsten bekämpft die Rentenquerscheren am Reichsversicherungsamt und wünscht Schutz der Fischer vor Schikanen.

Krüger wünscht Erhebung der Arbeiterlage in der Textilindustrie.

Kunert kennzeichnet die Härten der Militärgerichtsbarkeit.

Kunze wünscht vollkommene Entschädigung für unschuldig Verurteilte, begründet die Anträge auf Schutz des Staatsbürgerrechts und verteidigt ein modernes Schied- und Wechselsrecht.

Rebeur bekämpft die Ostmoranzulage und die alldeutschen Hebereien gegen Frankreich, Nichteinmischung in die Balkanhändel, und begründet den Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungs-Kommission.

Regin vertritt Wünsche der Werftarbeiter.

Reich vertritt die Forderung einer internationalen Kulturgemeinschaft und bekämpft die Privilegien der Garde-Regimenter sowie unnützen Hüttertand an den Uniformen der Soldaten.

Reuter kennzeichnet den Kleinrentenjammer in Thüringen.

Riehnicht entwirft die „Kornwälder“ der Firma Krupp, erinnert an die Wahrscheinlichkeiten und tritt für Reinigung der Wasserläufe in Oberschlesien ein.

Rollenbaur kennzeichnet die Dürftigkeit der Hinterbliebenen-Versicherung und verlangt Erhöhung der Unterstützungssätze.

Rolle bekämpft den Peringszoll, wendet sich gegen die ungeschworenen Heeres- und Marine-Ausgaben, geißelt die Geldverschwendung bei Reise- und Ungastkosten und in den Kolonien.

Reinolds kennzeichnet die Uebergriffe des Militärs in Ströburg und den Preßengeist auf elbischen Bahnen.

Reus verlangt Kulturarbeitstätten für Arbeitslose, Entschädigung für Schöffen und Geschworene und fordert zu entschiedenem Kampfe gegen Militärmishandlungen auf.

Rinkau verurteilt die Privatkonkurrenz der Militärlichographen.

Quard unterstützt das Verbot der Konkurrenzklause, die Anträge auf Milderung der Fleischsteuer und tritt für das Koalitionsrecht der Arbeiter ein.

Quell verlangt eine soziale und humane Kolonialpolitik.

Rauch verlangt Erhöhung der Unterstützung der Familien zu Friedensübungen eingezogener Mannschaften und wendet sich gegen die hohen Pensionen und „Auregelber“ für höhere Beamte.

Raute setzt sich für eine ausreichende Veteranenfürsorge ein.

Reißhaus äußert sich zu Wahlprüfungen.

Röhle bepricht die furchtbaren Schäden der Kindertuberkulose und verlangt vorzuehende Maßnahmen, verwirft aber den ganz unzureichenden Saugkasten-Gesekentwurf.

Sachse verlangt, daß die Renten der Kriegs- und Militär-Invaliden nach dem 60. Lebensjahr nicht mehr herabgesetzt werden dürfen, tritt für Verstaatlichung der Kalibergwerke ein und führt den turnerfeindlichen Theologen Wamm kräftig ad.

Scheidemann verlangt in großer Rede Abschirmmaßnahmen gegen die Teuerung und macht den erfolgreichen Vorstoß zur Milderung des Militärstrafgesetzbuches.

Schmidt-Meißen verlangt, daß bei den Manöverübungen Rücksicht auf das bürgerliche Erwerbleben genommen wird.

N. Schmidt verlangt Auskunft über erweiterte Schutzbestimmungen für Arbeiter und Arbeiterinnen in Glashütten.

Schmitt-Würzburg unterstützt die Interpellation Simon betreffend Zulieferleistungen bei der Fleischeinfuhr.

Schöpsin wendet sich gegen die Druckmittel auf Besucher der Kontrollversammlungen, beantragt Erhöhung der Unterstützung für Kriegsteilnehmer, bekämpft den Unflug des Burschenwesens und fordert Vogelsschutz in den Kolonien.

Schulz wendet sich gegen den Drill auf den Exerzierplätzen, kritisiert das Erfurter Schreckensurteil, unterstützt die Forderung nach einer Milderung des Militärstrafrechts und tritt für ein Reichsschulgesetz und Reichamt für Schullehrer ein.

Schumann wünscht Reform der Seemannsordnung und ein Reichsschiffahrtsgesetz.

Segel geißelt die Steuerfurchen der Besitzenden, fordert die Besteuerung der toten Hand und schärfere Heranziehung der Reichen zu den Reichsfinanzen.

Silberstein verlangt energische Förderung der Verhängungsbeschaffen für Eisenbeton-Hochbauten.

Simon vertritt die Stellung der Fraktion zu dem Gesekentwurf über Zulieferleistungen für Fleischeinfuhr und verlangt größere Erleichterungen.

Spielge verlangt Bundesratsverordnungen zum Schutze vor den Gefahren in der Schwerindustrie.

Stadthagen verlangt obligatorische Einführung der Jugendgerichte, Heranziehung von Arbeitern und Frauen als Schöffen, Herabsetzung der Strafmaßigkeit, Aufhebung des strengen Arrestes und Zulassung der Notwehr beim Militär.

Stolle bekämpft die brotverwehrenden Einfuhrschneide und tritt für die Angehörigen der Gärtnereien ein.

Stöckel kritisiert den übermäßigen Einfluß des unverantwortlichen Militärkabinetts, bepricht die einmalige freie Urelaubsfahrt der Soldaten und kritisiert den lächerlichen „Dienst“ der Burschen.

Südkum beantragt die schärfere Heranziehung der Millionäre zum Wehrbeitrag und der Vermögenszuwachssteuer, Besteuerung der Fürsten, verteidigt ein modernes Vorgesetztes und unterstützt die Teuerunginterpellation der sozialdemokratischen Fraktion.

Taubadel wendet sich gegen die Rentenquerscheren bei Invaliden in Schlesien und gegen die Abkommenversicherung durch Beitritten.

Thiele empfiehlt Regelung des Judentums auf dem Wege des Reichsgesetzes, eine konfessionelle Eidesformel und Aufhebung des Zwanges von Dissidentenkindern zum Religionsunterricht.

Thöne wünscht reichsgesetzliche Regelung der Wanderfürsorge und Ausbau der Schiffsfahrtsstraßen.

Ulrich bringt die Nachteile der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft vor und verteidigt die Besteuerung des ländlichen Großgrundbesitzes nach dem gemelnen Wert.

Wagener verlangt freie religiöse Betätigung im Heere und wünscht Uebereinkommen mit England zur Einschränkung der Marinereisungen.

Weil tritt für gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Weinberge gegen die Reblaus ein und bekämpft die Vorgeschichte der kapitalistischen Konzerngesellschaften in den Kolonien.

Weiß begründet den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts in den Bundesstaaten.

Wendel bekämpft die Polenpolitik der Regierung und setzt sich für Beamtenrechte sowie gegen den Bürokratismus der Behörden ein.

Wurm vertritt die Interessen der Verbraucher beim Gesekentwurf über das Petroleummonopol, verlangt Herabsetzung der Zuckersteuer.

Zubel wünscht Schutz der Bibilmusiker vor der Konkurrenz der Militärmusikanten und tritt für die Erhöhung der Löhne der Telegraphenarbeiter und Postbeamten ein.

Freilich befinden sich unter den hundertfachen Anregungen noch zahllose, die vorläufig der entschiedenen Ablehnung durch die Regierung und die bürgerlichen Parteien sind. Aber gerade die parlamentarische Tätigkeit des soeben von uns gegangenen Genossen Bebel zeigt, wie Fähigkeit auch hier zum Ziele führt. Nicht immer fallen parlamentarische Erfolge auf den ersten Schlag, wie etwa bei der Abschaffung des Arbeitsbuches im Jahre 1869, aber die Einführung des Maximalarbeitstages in Wärdereien als Folge der Webelischen Untersuchungen über die Lage der Wärdereiarbeiter, die Einrichtung des Reichsgesundheitsamtes, zu der Webel den Anstoß gab, und anderes zeigen zur Genüge, daß steter Trost den Stein höhlt. Mit den 110 Mann steht ja doch schon eine ganz andere Kraft hinter den Anträgen und Wünschen als hinter den paar Männern des Norddeutschen Reichstages und die Befehle über die einheitlichen Wahlurnen, über die Befolgung von Schöffen und Geschworenen, die kleine Strafprozeßreform, die Milderung der militärischen Auftrahparagraphen und die Einführung von Reichsbesitzsteuern deuten an, daß das Tempo der sozialdemokratischen Erfolge ein rascheres zu werden beginnt. Setzt die sozialdemokratische Fraktion ihre eifrige Tätigkeit weiter fort, dann dürften trotz des Widerwillens der meisten bürgerlichen Parteien bis zu den nächsten Wahlen noch manche Fortschritte erzielt werden.

